

# Evangelische Verantwortung

## In föderaler Vielfalt gegen Verfassungsfeinde

Verfahren und Voraussetzung für ein Verbot der NPD

Dr. Eckart Werthebach

Das Parteiverbot ist ein scharfes Schwert. Nicht nur die Rechte eines Einzelnen werden betroffen, sondern gewollt in Strukturen eingegriffen. Das Parteiverbot ist ein Instrument unserer wehrhaften Demokratie und beruht verfassungsgeschichtlich auf den fatalen Erfahrungen mit der Weimarer Reichsverfassung.

Die Väter unseres Grundgesetzes hatten erlebt, wie die Feinde der Demokratie in den Reichstag einzogen und sich dort im „Waffenarsenal der Demokratie“ weidlich bedienten, wie es Goebbels bereits im Vorfeld der Machtergreifung drohend formuliert hatte. Die deutsche Katastrophe war auch Folge einer wehrlosen Verfassung, die getreu der ihr zugrunde liegenden wertrelativistischen Rechtsschule den geistig-politischen Entwicklungen keinen Einhalt gebieten konnte und letztlich der oligarchen Machtbesessenheit der Nazis erliegen musste. Im Gegensatz dazu steht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auf einem durch Wesentlichkeits- und Ewigkeitgarantie fest verankertem Wertekanon, der nicht unterhöhlt oder instrumentalisiert werden kann.

**Verfassungsfeindlichkeit  
in Wort und Tat**

Vor das Verbot einer Partei hat das Bundesverfassungsgericht in Konkretisierung des Artikels 21 Absatz 2 Grundge-



**Dr. Eckart Werthebach:**  
„Das Parteiverbot ist ein Instrument unserer wehrhaften Demokratie.“

setz hohe Hürden gestellt. Im KPD-Urteil von 1956 werden im Wesentlichen zwei Aspekte der spezifischen Erscheinungsformen benannt, die eine verfassungswidrige Partei charakterisieren.

Zum einen muss die Partei nach ihren gesellschaftstheoretischen Grundsätzen und ihrer Programmatik die Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung und Staatsform anstreben. Die politischen Zielsetzungen, die sie verfolgt, und die gesellschaftliche Werteordnung, die sie repräsentiert, müssen im Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Vereinfacht gesagt: Die Partei muss sich

die Überwindung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung auf die Fahnen geschrieben haben.

Zum anderen muss die Partei in einer „aggressiv kämpferischen“ Art und Weise daran gehen, ihre verfassungsfeindlichen Ziele umzusetzen. Die Partei muss also durch ihre Aktionen und das Verhalten ihrer Anhänger zu erkennen geben, dass sie die demokratische Gesellschafts- und Werteordnung zu beseitigen sucht. Vereinfacht könnte man sagen, die Partei muss nicht nur in Worten, sondern auch mit Taten gegen das Grundgesetz agitieren.

**Die NPD sieht sich im  
„Kampf um die Straße“**

Die vom Bundesminister des Innern eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden aller Länder über die NPD zusammengetragen und strukturiert ausgewertet. Diese Gesamtbetrachtung belegt die Verfassungsfeindlichkeit der NPD. Ihre Redner rufen nach einer Gesellschaft und einer Staatsorganisation, die im krassen Gegensatz zur bestehenden Ordnung

Fortsetzung auf Seite 3

### Themen:

NPD-Verbot	3
Rechtsextremismus in Brandenburg	4
Maßnahmen gegen Extremismus	8
Stärkung der Erziehung in den Familien	10

## „Ja zu Familie und Kirche“

Ein bewegtes Jahr neigt sich für den Evangelischen Arbeitskreis dem Ende zu. Wir haben den Umzug nach Berlin gemeistert. Allerdings haben uns aufgrund dieses Umzugs Frau Heide, unsere langjährige Geschäftsführerin, und Frau Peter als Referentin des EAK verlassen müssen, weil der Umzug dem eigenen Lebenskonzept entgegenstand. Daraus ergab sich im Sommer eine Zeit, die Frau Scharnweber allein zu bestreiten hatte. Dies ist ihr sehr gut gelungen. Seit September sind wir wieder in der Bundesgeschäftsstelle komplett. Dies ist erfreulich und ich kann sagen, dass die Arbeit nahtlos weitergegangen ist und das bisher Erreichte sich sehen lassen kann.

Der EAK ist in Berlin angekommen! Die Berliner Theologischen Gespräche, die unter ganz anderer Konkurrenz stehen als dies noch in Bonn der Fall war, sind auf Akzeptanz gestoßen. Die Besucherzahlen sind erfreulich, dies hat zuletzt auch das 4. Berliner Theologische Gespräch gezeigt, an dem weit mehr als 100 Interessierte teilnahmen. Wir wollen diese Erfolge mit in das neue Jahr nehmen. Dies gilt vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit. Wir werden vermehrt Themen aufgreifen, die auch allgemein politischer Natur sind. Damit zeigen wir der Parteiöffentlichkeit, aber auch den Menschen im Land, dass der EAK bereit ist, das „C“ im Namen der Unionsparteien mit Inhalt zu füllen.

Dies ist uns in den vergangenen Monaten gut gelungen. Wie kaum ein anderer hat der EAK auf die Kampagne „Drei K sind out – www ist in“ der Bundesregierung reagiert. Viel Geld wurde hier investiert, um in abstoßender Weise gesellschaftliche Größen, wie Familie und Kirche und sich in der Kirche engagierende Frauen zu diffamieren. Wir sagen „Nein“ zu einem Deutschland, das die Bundesregierung ohne diese drei Faktoren menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens entwickeln will. Zwar ist das Internet wichtig, Technik aber kann Familie

und Kinder nicht ersetzen. Es ist höchste Zeit, dass man Frauen in Familienverantwortung noch besser unterstützt und damit den Weg weiterverfolgt, den die CDU seit Jahrzehnten erfolgreich beschritten hat. Auch das „K“ – also das Engagement von Frauen in der Kirche – bleibt für unsere Gesellschaft wichtig. Es gibt in Deutschland keine Institution, in die sich so viele Frauen und auch Männer einbringen, wie in die beiden großen Kirchen. Im Gegensatz zur Bundesregierung sagen die Kirchen deutlich „Ja“ zu Kindern und Familie. Dieses „Ja“ zu Kindern und zur Familie gilt es gerade in der Weihnachtszeit zu betonen.

Das Christfest ist und bleibt eines, das gerade in der Familie gefeiert wird. Gott kommt in Jesus Christus auf die Welt! Er nimmt sich Zeit für die Menschen. Und die Familien? Sie nehmen sich an diesem Fest, wie kaum zu einer anderen Gelegenheit im Jahr, Zeit für sich selbst. Die Weihnachtszeit ist daher geschenkte Zeit – Familienzeit. Der EAK wird sich für die Rechte der Familien auch in Zukunft einsetzen.

Wir wollen, dass die Familie die Keimzelle unserer Gesellschaft bleibt. Würde hierzu deutlicher „Ja“ gesagt, bräuchten wir uns in Deutschland weniger um Einwanderung und um den Begriff der



Leitkultur auseinander zu setzen. Dies aber ist nötig, damit sich die Gesellschaft in Deutschland darüber Gedanken macht, wie ihre Zukunft aussieht. Diese Diskussion ist erlaubt und verdient es nicht, mit der „Faschismuskeule“ erschlagen zu werden. Diejenigen, die dies tun, richten Tabus auf, die unserem gesellschaftlichen Dialog nicht dienlich sind. Wir sind gegen Ausgrenzung und gegen Gewalt! Wir äußern unsere Abscheu, wenn wir das Treiben Rechtsradikaler sehen, wir bemerken aber auch immer wieder die Ohnmacht, die viele erleben, wenn Sie mit Linksradikalismus konfrontiert werden. Das Gustav-Stresemann-Institut ist hier als Beispiel zu nennen! Wir wünschen, dass Inländer und Ausländer miteinander in Deutschland leben, miteinander und nicht nebeneinander. Parallelgesellschaften, die sich nicht in das gastgebende Land integrieren wollen, schaden dem Miteinander.

Wir hoffen, dass wir auch in diesen Fragen als EAK in Zukunft immer wieder dezidiert Stellung beziehen können. In der Hoffnung, dass Sie auch weiterhin unsere Arbeit begleiten und unterstützen, wünsche ich Ihnen eine besinnliche Adventszeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest, auf dass Sie ein friedvolles Jahr erleben mögen,

*Jochen Borchert*

Ihr Jochen Borchert, MdB  
Bundesvorsitzender des EAK



steht. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ gebietet Artikel 1 des Grundgesetzes und macht den Menschen zum Maßstab aller Dinge. Dieses moralische Axiom steht in christlich-jüdischer Tradition und wurde durch Aufklärung und Humanismus gesellschaftstheoretisch säkularisiert. Die Ideologie der NPD hingegen folgt dem Menschenbild des deutschen Nationalsozialismus. Danach partizipiert der Einzelne durch Blutsgemeinschaft an der Würde des Volkes. Dieses Antimodell zum ethischen Grundkonsens aller westlichen Demokratien definiert dementsprechende politische Forderungen der NPD: Keine freien Wahlen! Alleinvertretungsanspruch der NPD statt Parteienpluralismus! Keine Gleichheit vor dem Gesetz ungeachtet seiner Person, seiner Religion oder seiner Hautfarbe! Die **Utopie** der NPD ist eine Eliteherrschaft auf großeuropäischem Raum unter völkischem Primat der Deutschen.

Die von der Arbeitsgruppe zusammengefassten und auf der Internet-Seite des Bundesinnenministeriums veröffentlichten Erkenntnisse zeigen darüber hinaus, dass die NPD auch gezielt und strategisch für ein reales Abbild dieser Schreckens-Utopie arbeitet. „**Kampf um die Straße**“ lautet die Parole der NPD, womit massenhafte und häufige Präsenz im öffentlichen Straßenbild gemeint ist. Langfristig soll auf diese Weise ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, in dem nationalistische und neofaschistische Forderungen keinen Anstoß in der Gesellschaft mehr finden. „Kampf um die Straße“ erklärt Einschüchterung und Dominanz zum Transportmittel für politische Ideen. In einem Strategiepapier des „nationaldemokratischen Hochschulbundes“ der NPD heißt es: „Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind. Das heißt, wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten“.

### Berlin bietet der NPD keinen fruchtbaren Boden

An den Ergebnissen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird auch eine unterschiedliche Ausprägung und Charakteristik der NPD in den einzelnen Bundesländern messbar. Berlin als **Stadtstaat** beispielsweise bietet der NPD trotz der, die Aufmerksamkeit auf sich ziehenden,

Aufzüge nur mangelhafte Voraussetzungen zur Agitation. Die Zahl der in Berlin lebenden Mitglieder ist gering. Die soziale Struktur sowie die innerstädtischen Lebensverhältnisse dienen zwar als Negativ-Beispiele einer nationalistischen Missstandsanprangerung in Alt-Herren-Manier, bieten aber keine belastbaren Ansatzpunkte für politische oder gesellschaftliche Einflussnahme der NPD. **Stammtischreden** ziehen in Berlin keine Kreise und neonazistische Kameradschaften – soweit vorhanden – gehen in der Großstadt unter. Dementsprechend richtet die NPD ihre Aktivitäten auf den ländlichen Raum.

### Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen

Das Verfassungsgericht wird nicht allein das Material der Arbeitsgruppe bewerten. Das Parteienverbot der NPD stellt einen massiven Grundrechtseingriff dar und ist aus diesem Grund, wie alles staatliche Handeln, in besonderem Maße dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit unterworfen. Das Verfassungsgericht wird sich die Frage stellen, ob ein Verbot der NPD angemessen ist.

Die Verhältnismäßigkeit eines Verbotes der NPD ist bei Juristen unter vielerlei Gesichtspunkten umstritten. Das Bundesverfassungsgericht gibt in seiner bisherigen Rechtsprechung keine Anhaltspunkte. Aufgrund der extensiven Grundrechtsauslegung der vergangenen Jahrzehnte ist allerdings davon auszugehen, dass die Hüter unserer Verfassung sehr genau darauf achten werden, dass nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird.

Zu bedenken sind die ausgesprochen geringen Wahlerfolge, die nahezu ausnahmslos unter 1 Prozent liegen. Auch sind die Funktionäre der NPD – soweit bisher bekannt – nicht als fremdenfeindliche Gewalttäter aufgefallen. Polizeiliche Ermittlungen führen nahezu ausnahmslos in das weite Umfeld von Sympathisanten der Partei. Klar hingegen ist, dass ein Verbot der NPD die **zunehmende Vernetzung** rechtsextremistischer Gruppierungen und Kameradschaften stören wird. Dieser gefährlichen Bündelfunktion kann auch nicht durch andere staatliche Maßnahmen begegnet werden. Auch die sich abzeichnende Konkretisierung des

Versammlungsrechts mit Blick auf extremistische Demonstrationen wird die öffentliche Betätigung politischer Parteien nicht berühren. Extremisten, die im Gewande einer nicht verbotenen Partei daherkommen, können ungehindert die Straße als Plattform für ihre Zersetzung nutzen. Bis zu einem Verbot, das nur das Bundesverfassungsgericht auf Antrag aussprechen kann, genießt jede Partei Schutz durch unsere Verfassung.

### Vor geschlossenem Vorgehen hat das Gericht die Augen zu verschließen

Auf den bisherigen Überlegungen basiert die politische Bewertung und Entscheidung der antragsberechtigten Verfassungsorgane. Grundsätzlich antragsberechtigt sind die Bundesregierung, der Bundesrat und der Bundestag. Für das Gericht spielt es keine Rolle, wer einen Antrag stellt und wie viele Anträge gestellt werden. Das Gericht prüft jeden Antrag zuständigkeithalber und würde den rechtsstaatlichen Rahmen unserer Verfassung verlassen, wenn es sich, wie öffentlich immer wieder behauptet, durch ein gemeinsames Vorgehen aller Antragsberechtigten beeindruckt zeigte. Sollte sich die politisch betont geforderte Geschlossenheit des Vorgehens tatsächlich auf die Entscheidung des Gerichts auswirken, wäre damit der Verteidigung der NPD in die Hände gearbeitet. Ähnliches gilt für das politische Gegenargument: Ein gemeinsames Vorgehen der Verfassungsorgane übt keinen Druck auf das Bundesverfassungsgericht aus. Dem Gericht wird die Mehrzahl der Anträge bestenfalls mehr Arbeit bereiten!

Die Bundesregierung hat sich noch vor Abschluss der Arbeit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe entschieden, einen **Verbotsantrag** gegen die NPD zu stellen, und dies auch öffentlich ohne den Endbericht abzuwarten bekundet. Die Entscheidung des Bundesrates war somit faktisch eine Entscheidung über einen Anschluss an den Antrag der Bundesregierung. Jedes Land hat dabei sein Stimmrecht innerhalb seines föderalen Verantwortungsrahmens wahrgenommen. Das **scharfe Schwert Parteiverbot** hat ein weiteres mal kurz aufgeblitzt. ■

**Anm.:**

Dr. Eckart Werthebach ist Berliner Innensenator.

# Rechtsextremismus in Brandenburg

Dr. Rolf Wischnath

## I. Phänomene und Selbsttäuschungen

Aus brandenburgischer Perspektive ist es erstaunlich, dass ausgerechnet eine Koalition von Niedersachsen und Bayern inzwischen das Verfahren angestoßen hat zum Verbot der NPD, der alten und neuen rechtsradikalen Partei, die die Ideologie mit den Skins von der Straße koppeln möchte, um richtig „schlagkräftig“ zu sein. Hoffentlich ist dieser Verbotsantrag so wasserdicht, dass es tatsächlich zum Verbot kommt. Ein „Freispruch“ für die NPD wäre eine innenpolitische Katastrophe. Und das beste Ergebnis eines Verbots ist allenfalls, dass dann die NPD nicht mehr das Demonstrationsrecht für ihre polit-pornographischen Aufmärsche – etwa am Brandenburger Tor oder am künftigen Mahnmal für die ermordeten Juden – missbrauchen kann und die Polizei sie auch noch dabei schützen muss. Das wäre ohne Frage eine Erleichterung auch für unser brandenburgisches Selbst- und Außenbild. Dass mit einem Verbot das rechtsextremistische Denken aus den Köpfen geblasen und die Gewalttaten gemindert würden ist allerdings Illusion.

Rechtes Gedankengut ist nicht unter „Verschiedenes“ abzuhandeln

Im Westen hatte man sich daran gewöhnt, dass von Zeit zu Zeit rechtsradikale Parteien in den Länderparlamenten auftauchen und in den neuen Ländern war der Irrglaube verbreitet, dass der in der DDR verordnete Antifaschismus und die obligatorischen Reisen zu den „Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandes“ die Bevölkerung gegen rechts immunisiert hätte. Wer unter den westlichen Auguren der Vorwendezeit hätte die Lage rechtsextremistischer Haltungen und Entwicklungen in der



Dr. Rolf Wischnath:  
„Angesichts der täglichen braunen Nachrichten darf die Frage nicht länger lauten: ‘Warum tut man denn nichts?’ ..., sondern die Frage ist umgehend zu verwandeln und zu beantworten: ‘Warum tue ich denn nichts?’“

DDR in seiner ganzen Tragweite erkannt?

Auch die Kirchen und Gemeinden in Brandenburg haben damals nicht nur die Tragweite nicht erkannt, sie haben auch – trotz allen Engagements, das es gerade in den Gemeinden für Ausländer und gegen Fremdenfeindlichkeit gibt – leider weithin bis heute nicht begriffen, dass menschenverachtendes Gedankengut keinen Bogen um den kirchlichen Raum gemacht hat, sondern sich schon wieder tief eingemischt hat in die Seelen und Geisteshaltungen nicht nur junger Leute. Bislang sind wir als Kirche in der Mark zwar davor bewahrt, dass offen agierende Rechtsradikale in unseren Gemeinden irgendeine sonderliche Breitenwirkung hätten erzielen können.

Was es aber mehr, mehr als uns lieb ist, unter uns und dann eben auch in breiten Teilen der brandenburgischen „Normalbevölkerung“ gibt, sind wieder die „Bystanders“: die, die daneben stehen, die

wohl alles sehen und mitkriegen, sich dann aber in ihren Blicken, mit ihrem Schweigen und Nichtstun davonstellen, um dann wieder rechtzeitig zu sagen und zu behaupten, sie hätten doch keine Verantwortung gehabt und wahrnehmen können. Ich meine jene zuschauenden Erwachsenen mit ihrer zynischen, oft klammheimlichen Billigung rechter Jugendaktionen und Gewalttaten, die das Thema abwiegeln oder unter TOP „Verschiedenes“ abhaken.

### Protestwähler

Es ließ sich ja auch relativ lange darauf verweisen, dass die rechtsextremen Parteien auch in Brandenburg bei Wahlen unter 5% blieben, obwohl es genug Protestpotential gab, das nach entsprechenden Umfrageerhebungen beunruhigend häufig zu rechten Gesinnungen und Parteien neigt. Doch Protestwähler wählten in den ersten Jahren und großenteils bis heute eben nicht rechts, sondern PDS. Vor einem Jahr allerdings gelang der von München gesteuerten DVU mit einem massiven Plakatwahlkampf der Sprung in den Potsdamer Landtag. Die primitive und tausendfach widerlegte Behauptung, dass Ausländer schmarotzend den Deutschen die Arbeit wegnehmen, produzierte genügend Wähler, die einer Partei, die faktisch ohne Parteimitglieder existiert, über die hohe Hürde der 5 Prozent halfen.

### „Alltäglichkeit“ rechtsextremer Übergriffe

Die DVU spielt im Landtag keine Rolle und sie würde wohl, wenn man den Umfragen glauben sollte, im Moment auch keine Chance zum Wiedereinzug in den Landtag haben, aber rechtsextreme Übergriffe, Gewalttaten und „Propagandadelikte“ sind in den letzten Wochen und Monaten in Brandenburg nahezu täglich an der Tagesordnung. Es vergeht inzwischen kein Tag, der nicht mindestens eine der Schandnachrichten beschert. Es erschreckt die „Alltäglichkeit“ und die inzwischen eingetretene „Normalität“ der rechtsextremen Verbrechen und Vergehen. Und die Gefahr ist nicht gering, dass sich die Brandenburger daran gewöhnen, wie sie sich an den täglichen tödlichen Verkehrsunfall

und die Straßenkreuze an den Baumfüßen ihrer Alleen gewöhnt haben.

### II. Das Problem der Statistiken

Ist es wirklich so schlimm? Ja. Gewiss steht in Brandenburg nicht die Machtübernahme durch Neonazis bevor und die Rufe nach einem **Staatskommissar**, der anstelle der „unfähigen Stolpe-Schönbohm-Regierung“ übernimmt, ist aberwitzig. Aber es darf nicht vertuscht und bemäntelt werden: Im Land Brandenburg geht die Zahl der in den letzten Jahren durch rechtsextreme Angriffe Verletzten in die Hunderte. Eine Dokumentation von Tagesspiegel und Frankfurter Rundschau führt dabei für die wiedervereinigte Republik 83 Tote und für unser brandenburgisches Land seit 1990 18 Todesfälle auf. Viele andere kamen nur knapp mit dem Leben davon. Die Zahl der dauerhaft Verletzten und die Berichte über die Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Geschick sind bestürzend. Und die seelisch Traumatisierten kann keine Statistik aufführen. Und täglich kommen neue Verletzte hinzu.

#### Opferperspektive

Für alle Opfer bedeuten die Schläge mit Fäusten und Knüppeln, die Stiefeltritte, die Attacken mit Messern oder die Brandanschläge einen tiefen Einschnitt in ihr Leben. Die Verletzungen hinterlassen oft untilgbare Spuren. Für viele manifestierte sich in den Angriffen ihre alltägliche Diskriminierung. Und die Behauptung, die Zahl rechter Straftaten sei in Brandenburg zurückgegangen, kann für die Opfer nur ein Hohn sein: Es verharmlost die Situation und geht an ihrer leidvollen Lebensrealität vorbei. Nun wird aber eben genau dies behauptet: Im ersten Halbjahr 2000 gab es in Brandenburg 144 rechtsmotivierte Straftaten, davon 34 gewalttätig. Im ersten Halbjahr 1999 waren es 165, davon 39 gewalttätig. Also, ein Rückgang. Wer glaubt, das Zurückgehen äußerer Zahlen in der Statistik signalisiere schon das **Licht am Ende des Tunnels**, verbrämt die Situation. Ist es doch manchmal nur ein Zufall, dass ein Opfer fliehen kann oder ein Schlag sein Ziel verfehlt. Und viele geschlagene und getretene Ausländer oder Behinderte wagen es erst gar nicht, sich mit ihrer Verletzung auf den mühsamen Weg einer Anzeige und einer strafrechtlichen Ahndung zu begeben.

samen Weg einer Anzeige und einer strafrechtlichen Ahndung zu begeben.

Gewiss, die spektakulären Verbrechen lassen sich mit mindestens ebenso vielen westlichen Orts- und Städtenamen verbinden wie mit östlichen. Das **Potential für rechtsradikale Gewalttaten** ist eben weiter und gleichmäßiger verteilt, als mancher im Westen es wahrhaben möchte. Wir haben nicht nur ein brandenburgisches Problem, sondern ebenso ein westfälisches, niedersächsisches, hessisches oder bayerisches, das nicht durch Zahlenverschiebungen gelöst wird. Insofern sollten die westlichen Verwandten aufhören, das Problem als „ostdeutsche Misere“ zu bemitleiden. Andererseits können die Hinweise auf „Lübeck“, „Solingen“, „Möln“ und „Düsseldorf“ die Brandenburger nicht erleichtern: Denn wenn man bei den Statistiken auch die Bevölkerungszahl mit berücksichtigt, ist erkennbar, wo der Schwerpunkt der Taten liegt: bei uns – im Osten.

### III. Gründe

Was sind die Gründe? Was muss man sich vor Augen führen, um die Situation in ihren Ursachen zu begreifen? Wo liegen die Gründe für das deutliche Ost-West-Gefälle in der Statistik rassistischer Verbrechen und rechtsextremer Straftaten. Es gibt dafür unterschiedliche Erklärungsversuche. Von der Nachwirkung der Prägung der Menschen durch ein **repressives Staatssystem** bis zum **ideologischen Vakuum** nach der Diskreditierung der sozialistischen Weltanschauung, in das die auf krassem Schwarz-Weiß-Denken beruhenden rechtsextremen Heilslehren besonders leicht einströmen können.

#### Werteverlust

Eine Auseinandersetzung mit solchen und anderen Erklärungsmustern ist notwendig, und verschiedene Impulse sind zur tiefergehenden Analyse heranzuziehen. Unbestreitbar allerdings ist, es gibt eine **Grundstimmung** in der Bevölkerung Brandenburgs, die durch Distanz und Unsicherheit gegenüber allem Fremden geprägt ist. Viele haben dabei ein Gefühl der Ohnmacht und Perspektivlosigkeit. Und es zeigt sich – dies gilt nun allerdings für Ost und West gleichermaßen – eine alltägliche moralische Verwahrlosung, ein

**Werteverlust und Wertemangel**. Wie will man es sonst nennen, wenn Jugendliche sagen, man müsste die Ausländer eben umbringen, wenn sie nicht freiwillig gingen (so in einen Fernsehbericht jüngst anzusehen) oder wenn ein jugendlicher Prozessbeobachter in Dessau auf den Tod des Opfer mit einem „na und“ reagiert? Und in diesem Bundesland – und ja beileibe nicht nur in ihm – fühlen sich auch nicht wenige Jugendliche und viele Erwachsene erst dann stark, wenn sie sich gruppendynamisch unterhaken können und übermäßig Alkohol zu sich genommen haben – das Saufen als Volkssucht, die einhergeht mit der zunehmenden Unfähigkeit der Vielen, Konflikte ohne Gewalt zu lösen, wobei die **Hemmschwelle für Gewalt** immer niedriger zu werden scheint. Mangelnde Kenntnis von historischen Zusammenhängen und schlichte Dummheit macht es Rattenfängern der rechtsextremistischen Szene zusätzlich leicht.

#### Ausnutzen von Ängsten

Zudem macht sich die rechtsextremistische Botschaft die Angst der Menschen zunutze und verspricht aus ihr schnelle und einfache Rettung. Deshalb werden Konflikte bewusst verschärft, Unsicherheiten geschürt und Ängste vor dem Verlust der sozialen Sicherheit oder der eigenen Identität stimuliert. Viele der heraufbeschworenen Gefahren sind allerdings nicht erfunden. Deshalb kommt alles darauf an, in diesem Land über soziale Widersprüche, wirtschaftlichen Missbrauch, ökologische Bedrohungen, politische Korruption usw. sachlich und aufklärend zu sprechen, damit nicht panische Angst und blindes Ressentiment erzeugt wird, sondern der Wille zur Veränderung entsteht.

#### Enttabuisierung von rechtsextremen Gedankengut

Schließlich ist die Tabuisierung von rechtsextremistischem Gedankengut insgesamt brüchig geworden. Das lehrt das Alltagsgespräch und erst recht der **Stammtisch**, dessen Lufthoheit weit, weit nach rechts gerückt ist. Die Grenzen zwischen rechtsextremistischen Positionen und dem politischen Diskurs der Gruppen und politischen Parteien der gesellschaftlichen „Mitte“ werden zunehmend unscharf. Wenn wir den gängigen Begriff „Rechtsextremismus“ gebrauchen, müs-

sen wir uns zugleich bewusst machen, dass es um Einstellungen und Verhaltensweisen geht, die zwar vornehmlich am äußersten Rand unserer Gesellschaft offen in Erscheinung treten, latent aber sehr viel weiter verbreitet sind.

„Konservativ“ ist nicht gleich „rechts“ schon gar nicht „rechtsextrem“

Andererseits gibt es auch eine frivole Vermischung oder gar Gleichsetzung von „konservativ“ gleich „rechts“ und „rechtsextrem“, die versucht mit der Keule der obsoleten Begriffe den politischen Kampf insbesondere gegen die CDU/CSU zu führen. Dies erfüllt nun wirklich – im ursprünglichen Sinne des Wortes – den Tatbestand der Infamie. Das Mitglied des Rates der EKD, der Neuser CDU-Abgeordnete Hermann Gröhe hat mich kürzlich einmal darauf hingewiesen, dass die wohlfeile Formel „Gegen Rechts!“ kein Pendant hat und in der alten Bundesrepublik nicht einmal zu Hochzeiten des RAF-Terrorismus und der Berufsverbote-Praxis der 70er und 80er Jahre eine gleichlautende Formel „Gegen Links!“ ausgegeben und inszeniert worden ist. Gröhe hat recht. Um der politischen Leitkultur willen und der Einheit der notwendigen breiten Aktionsbündnisse gegen „Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ willen, dürfen hier keine sprachlichen Ausgrenzungen und Verwischungen zugelassen werden.

#### IV. Gegenpositionen

In diesem Sinne ist allerdings auch so gleich zu sagen: Nicht nur die Taten der Gewalt, sondern schon die Propagierung rechtsextremistischer Leitgedanken stellt einen unmittelbaren Angriff auf humanistische und demokratische Überzeugungen dar, die zu erringen und zu erhalten in Deutschland seit 1945 und 1989 so überaus mühsam, gefährlich, aber letztlich doch erfolgreich gewesen ist. Gewiss muss man in diesem Land nicht Christ sein, um für **Grundrechte und Menschenwürde** einzutreten. Es gibt aber – trotz aller rassistischen, nationalistischen und gewalttätigen Selbstgefährdungen des Christentums in seiner Geschichte – kaum

eine andere Grundorientierung, die so eindeutig und „wasserdicht“ – an einer Hand abzuzählen – gegen den Rechtsextremismus immunisiert wie die elementaren **Glaubenssätze der Christen**:

1. Das rechtsextremistische Grunddogma der natürlichen Ungleichwertigkeit der Menschen widerspricht der biblischen Sicht der Menschen als gleiche, vom ersten Menschen herkommende **Geschöpfe Gottes**, die in Christus dazu berufen sind, ihre ursprüngliche Einheit wiederzuerlangen (Joh 17,21).
2. Der oft mit rechtsextremistischen Anschauungen verbundene Nationalismus ist Ausdruck jener kollektiven Ich-Verhaltenheit des Menschen, die die Bibel **Sünde** nennt.
3. Der sozialdarwinistische Ansatz und die aus ihm abgeleiteten Handlungsmaximen widersprechen dem christlichen **Gebot der Nächstenliebe** und Fürsorge für die Schwachen. Überheblichkeit, Ausgrenzung, Rassismus und ähnliche Einstellungen, sei es in ihren eigenen Reihen oder gegenüber Außenstehenden, widersprechen dem Auftrag der Kirche, Ort der Versöhnung und der tätigen Liebe für schwache und rechtlose Menschen (Mt 25,40) zu sein.
4. Das Schüren von Angst und das Säen von Hass zwischen Menschen und Völkern ist unvereinbar mit dem **Leben in Christus**, das das Gebot der Nächstenliebe und der Feindesliebe impliziert und zu deren Bewährung auch die Kraft gibt.
5. Die rechtsextremistische Überhöhung von Führergestalten und der Staatsgewalt trägt aus biblischer Sicht dämonische, widergöttliche Züge, indem sie Menschen und Mächte zum Goldenen Kalb, der Anbetung, der Verehrung und Unterwerfung machen.

#### V. Was tun?

Das Thema Rechtsradikalismus füllte nicht nur das journalistische Sommerloch, die Auseinandersetzung geht weiter – auch in Brandenburg. Und das ist das wichtigste Ergebnis einer oft wirren Diskussion. Manchmal entsteht der Ein-

druck von Konfusion und Aktionismus, der wie ein Strohfeuer kurz aufflammt – und das war's. In der Konfusion politischer Forderungen schafft Klarheit der knappe Satz: „Wir erwarten von den politisch Verantwortlichen, jede Form von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschlossen entgegenzutreten.“<sup>1</sup> Dieser Satz jedoch ist sofort zu verknüpfen mit dem Postulat, dass Abhilfe allein oder vorrangig von polizeilichen und rechtlichen Maßnahmen nicht erwartet werden kann und es darum auf elementare gesellschaftliche oder – um den besseren, gängig gewordenen Begriff zu gebrauchen – **zivilgesellschaftliche Handlungsmaximen** ankommt.

Hier gilt zunächst der einfache Vordersatz: Wir brauchen auch und gerade in Brandenburg eine nachhaltige geistige und kulturelle Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit und den unterschiedlichen Formen gegen jedwede Gewalt; und wir brauchen einen langen Atem für viele kleine, mittlere und große Schritte in unseren Alltagswelten.

#### Keine schnellen Erfolge

Denn schnelle Erfolge sind nicht zu erwarten. Und die Gefahr einer Halteten-Dieb-Diskussion ist immerzu gewärtig. Man weiß, wer schuld ist und kann rasch auf die anderen zeigen. Und es gibt in aller Regel zu wenige, die sich verantwortlich fühlen. In den brandenburgischen Kommunen etwa pendelt man zwischen **Dramatisierung** und **Bagatellisierung**. Man ruft nach dem starken Staat, und es ist nicht untypisch, dass neulich ein Bürgermeister in der Lausitz sagte: „Wir haben keine Probleme mit Rechten und wenn, dann holen wir eben die Polizei!“

Wir alle müssen in dieser Auseinandersetzung auch sorgsamer mit der Sprache umgehen. Wer zwischen Menschen unterscheidet, die uns nutzen und die uns ausnützen, betoniert die Vorurteile. Die Vorstellung, dass man auch diese Vorurteile bewusst ausnutzen und schüren könnte, um im Wahlkampf Stimmung

<sup>1</sup> Die deutschen Bischöfe, Gerechter Friede. Denkschrift vom 27. September 2000, S. 108.

zu machen, ist entsetzlich. Der Satz der katholischen Bischöfe in ihrem jüngsten Wort „Gerechter Friede“ gehörte in jedem Vorwahlkampf bundesweit plakatiert: „Die Politik kann Fremdenfeindlichkeit nur dann glaubwürdig kritisieren, wenn sie selbst alles vermeidet, was ihr Vorschub leistet!“<sup>2</sup>

### Mobilisierung der schweigenden Mehrheit

Die Hauptaufgabe jedoch ist und bleibt, die schweigende Mehrheit zu mobilisieren und die gefährdeten Jugendlichen zu schützen und ihnen bessere Wege zu eröffnen als die, auf die Rattenfänger sie locken wollen. Dabei gilt m.E. ein pädagogischer Grundsatz gleichermaßen für Familie und Gemeinde, Schule und Jugendarbeit: Erziehung kann nur erfolgreich sein, wenn man in den Grundfragen der Menschenwürde klare Grenzen zieht. Eltern, Lehrer und Sozialarbeiter müssen in ihrer **Interventionsberechtigung** akzeptiert werden – und umgekehrt: Auch und gerade Jugendliche haben selber eine Interventionsberechtigung gegenüber ihren „Erziehern“. Es gibt hinüber und herüber keine Neutralität, wenn der Grundsatz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ in Zweifel gezogen wird.

### Gesellschaftliche Ächtung der Täter

Im Blick auf die rechtsextremistischen Täter, Gesinnungsgenossen und Rädelführer allerdings ist etwas zu sagen, was die Kirche im Blick auf fanatische und inhumane Sekten sagt und praktiziert: Nötig sind nicht Gleichmut und verstehende Nachsicht, sondern ein **Entzug jeglichen Respekts**. Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nicht den geringsten Anschein von Legitimität erhalten. Und rechte Gesinnungsgenossen und Täter müssen durch gesellschaftliche Ächtung und durch langfristige soziale Nachteile für ihr Leben erfahren, dass Menschenhass und Nazi-Gesinnung keinen Ort in der demokratischen Zivilgesellschaft haben. Nur so wird das zynische Selbstbewusstsein der Rechtsextremen, sie hätten in der Bevölkerung eine schweigende, ih-

Bitte schon vormerken:

## 38. Bundestagung des EAK der CDU/CSU

### Das „C“! Anspruch und Herausforderung im 21. Jahrhundert

16./17. März 2001  
Maritim Hotel am Schloßgarten,  
Pauluspromenade 2, Fulda

Weitere Infos unter:  
030/22 07 04 32



nen aber innerlich zustimmende Mehrheit auf ihrer Seite, zerstört.

Schließlich brauchen wir die „**Aktionsbündnisse**“, deren Namen man ruhig ändern kann, wenn ihre Selbstbezeichnungen Konservative zu sehr an „Aktionseinheiten“ und „Bündnisse“ vor 1989 erinnern und Vorbehalte wecken: Denn die Konservativen, die christlichen Demokraten der unterschiedlichen Prägungen sind im politischen Handeln und in der gemeinsamen Aktion gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unverzichtbar, gerade und besonders in Brandenburg, wo sie bislang ein politisches Wählerreservoir haben, das in etwa auf der Höhe der PDS liegt und wo sie nicht zur drittrangigen politischen Kraft verkümmern darf.

### Gesellschaftliches Bündnis in Brandenburg

Seit Mai 1997 gibt es in Brandenburg etwas, worum uns andere Bundesländer beneiden: ein **gesellschaftliches Bündnis**, in dem eigentlich alle gesellschaftlichen Organisationen vertreten sind (Eltern- und Jugendverbände, Bundeswehr und Justiz, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, kommuna-

le Spitzenverbände, lokale Bündnisse, Einzelpersonen). Es wird in der Öffentlichkeit mehr und mehr klar, dass hier ein gesellschaftliches Bündnis geschlossen dafür einsteht, dass Menschenhass und Nazigesinnung keinen Ort in der Zivilgesellschaft haben und dass die einzelnen Organisationen durch ein solches Bündnis umfassende Hilfe – auch materielle – erfahren, um die gesellschaftliche Arbeit in ihren „Basisgruppen“ für die Wahrung, Förderung und Erneuerung der Menschenwürde zu initiieren, zu entwickeln und zu unterstützen.

Und dies bleibt die Hauptsache: Angesichts der täglichen braunen Nachrichten darf die Frage nicht länger lauten: „warum tut *man* denn nichts?“ oder „warum tun *die* denn nichts?“; sondern die Frage ist umgehend zu verwandeln und zu beantworten: „**Warum tue ich denn nichts?!**“ ■

### Anm.:

Dr. Rolf Wischnath ist General superintendent der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Sprenkel Cottbus), Vorsitzender des Brandenburgischen Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und Mitglied der EKD-Synode

<sup>2</sup> Gerechter Friede, aaO., S. 108.

## Jugendliche stark machen – Maßnahmen gegen Extremismus und Gewalt

Dr. Annette Schavan

In der gesellschaftlichen Diskussion um die Probleme von Extremismus und Gewalt nimmt die Schule eine zentrale Stellung ein. Zum einen gibt es die Tendenz, Defizite, die wir in unserer Gesellschaft feststellen, umzuformulieren in Aufträge an die Schule. Dort wird in hohem Maße professionelle Arbeit von engagierten Lehrerinnen und Lehrern geleistet, doch ist Pädagogik Teil der Gesellschaft und deshalb auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen. Die Schule kann den Erziehungsauftrag nicht allein bewältigen, Erziehung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.<sup>1</sup>

Zum anderen, und das halte ich für zentral, ist es für eine demokratische Gesellschaft überlebenswichtig, Jugendliche davor zu bewahren, auf die einfachen Parolen von Extremisten und Ideologen hereinzufallen. Junge Menschen müssen mit der Fähigkeit ausgestattet werden, kritische Fragen zu stellen, Informationen bewerten zu können, Entscheidungen an ethischen Maßstäben auszurichten.

Jede Form von Extremismus ist für eine demokratische Gesellschaft inakzeptabel, rechts- und linksextremistische Ideologie sind mit Rechtsstaat und Demokratie unvereinbar. Darin besteht ein gesellschaftlicher, parteienübergreifender Konsens. Die Diskussion über unseren Umgang mit Erscheinungsformen von Extremismus, muss besonnen und sachlich geführt wer-



Dr. Annette Schavan:  
„Das christliche Menschenbild ist das Fundament unserer Kultur.“

den. Unsere Aufmerksamkeit muss jeder Form von Extremismus gelten.

Extremismus findet seinen Ausdruck in der Verfälschung von Geschichte, in mangelndem historischem Bewusstsein, in Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, in der Anwendung von Gewalt. Die Schule ist von solchen Gefahren nicht ausgenommen. Wer wissen will, wie es in unserer Gesellschaft aussieht, muss in eine Schule gehen. In **Schulen** gibt es diesbezüglich keine Sondersituation, sie sind **nicht konfliktbeladene Inseln** innerhalb einer ansonsten friedlichen Gesellschaft. Und es ist nicht zu vergessen, dass Schülerinnen und Schüler viel öfter Opfer von

Gewalt sind als Täter. Für manche Kinder und Jugendliche ist ihr Aufwachsen und Hineinwachsen in die Gesellschaft mit Störungen und Belastungen verbunden. Zahlreiche Kinder werden vernachlässigt, erleiden Gewalt oder erleben Benachteiligungen gegenüber Altersgenossen. Über das Ausmaß massiver Beeinträchtigungen des Sozialisationsprozesses gibt es keine repräsentativen Statistiken; auch darüber, wie viele junge Menschen Opfer von Gewalt und Misshandlung werden, liegen nur wenig Informationen vor.

### Maßnahmen gegen Extremismus und Gewalt

Gegen Extremismus und Gewalt gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen.<sup>2</sup> Verlässlicher Schutz vor der Blendung durch Ideologie ist **Wissen**: um die eigene Geschichte, um unsere Gesellschaftsordnung, um die Grundwerte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Dazu gehört auch Wissen um globale Zusammenhänge und Strukturen, andere Gesellschaften, fremde Kulturen und Religionen. Erziehung zur Menschlichkeit, zu Nächsten- und Friedensliebe, Achtung der Würde und Überzeugung anderer, Toleranz und Kooperationsbereitschaft sind als Erziehungsziele in den Lehrplänen aller Schularten fest verankert. In den Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde, Erdkunde, Religionslehre und Ethik werden diese Themen explizit behandelt; fächerübergreifend geht es um **soziales Lernen** in Schule und Gesellschaft, Integration von Ausländern und Aussiedlern, Rechtsstaat, Recht und Rechtsordnung, Dritte Welt, das Miteinander der Generationen.

Fundiertes Wissen ist wichtig. Für erfolgreiche Lernprozesse ist aber auch praktische Erfahrung und Begegnung unabdingbar. Gerade im Kontext von

<sup>1</sup> „Die Personalisierung und die alleinige Fokussierung auf das Thema Jugendgewalt verhindern eine Auseinandersetzung mit der ideologischen und strukturellen Verankerung von Rechtsextremismus in *allen* Teilen der Gesellschaft. Zugleich werden gescheiterte Rezepte der Jugendarbeit weiter politisch propagiert und die Suche nach Schuldigen und Versagern wie Eltern und Lehrer fortgesetzt. Dabei geht es bei der Frage von Rechtsextremismus und Jugend um eine integrative Jugendpolitik auf allen Ebenen und nicht nur Jugendhilfe.“ (Bernd Wagner: Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 (2000), S. 30-39, hier S. 30). Um eine höhere Wirksamkeit durch die Vernetzung der Aktivitäten zu erzielen, gibt es in Baden-Württemberg ein 'Netzwerk gegen Gewalt': Auf der Ebene der Einzelschule, der regionalen bzw. lokalen Ebene und der nationalen Ebene wird ein Netzwerk der Verantwortlichen für Erziehung und Schule durch Runde Tische etc. errichtet, um gemeinsam den Ursachen von Gewalt nachzugehen. Die bereits praktizierte Beteiligung von Polizei und Verfassungsschutz auf Einladung der Schule bei unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Veranstaltungen soll intensiviert werden.

<sup>2</sup> „Gegen Rechtsextremismus gibt es keine Patentrezepte. Auch die Pädagogik hat solche nicht zu bieten. Pädagogische Strategien können nur einen Teilbeitrag leisten – als Bestandteil einer gesellschaftlichen Gesamtstrategie sind sie aber unverzichtbar.“ (Wilfried Schubarth: Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 (2000), S. 40-48, hier S. 48).

Rechtsextremismus und Gewalt können Besuche von Gedenkstätten, Synagogen, jüdischen Friedhöfen oder Asylbewerberwohnheimen Schülerinnen und Schülern konkrete Eindrücke vermitteln. Das **Gespräch mit Zeitzeugen** kann eindringlicher als jedes Schulbuch vermitteln, wohin die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus führt.

Eine der wichtigen Organisationshilfen v.a. des Rechtsextremismus ist das **Internet**. Die Zahl der Internet-Auftritte deutscher Rechtsextremisten hat sich bundesweit seit 1996 verzehnfacht. Von den 1999 registrierten 330 Homepages mit rechtsextremistischem Inhalt erfüllten etwa 80 Straftatbestände wie Aufruf zur Gewalt oder Volksverhetzung. In den Web-Sites wird ganz offen der Nationalsozialismus verherrlicht, der Holocaust geleugnet, in übelster Weise Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gepredigt und zu Gewalt gegen 'die Gegner' aufgerufen. Das technische Knowhow ist umfassend vorhanden. Schülerinnen und Schüler verbringen viel Zeit im Netz und das wird noch zunehmen. Inzwischen hat der Computer auch in die Klassenzimmer Einzug gehalten, doch es genügt nicht, die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Der souveräne Umgang mit der Technik ist die Basis, die didaktisch sinnvolle Integration des Computers in das Unterrichtsgeschehen ist Hauptaufgabe. Und Ziel muss es sein, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, mit den **Massen von Informationen** umzugehen: auszuwählen, zu ordnen, zu bewerten.

Die Schule ist ein Ort der **Integration**. Zusammen mit der außerschulischen Jugendarbeit leistet sie einen wichtigen Beitrag für das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Religionen in unserem Land. Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Deshalb halte ich es für notwendig, dass alle ausländischen Schülerinnen und Schüler verpflichtend Deutschkurse erhalten. Können die Eltern miteinbezogen werden, ist der Erfolg umso nachhaltiger. Internationale Schulaustausch- und Partnerschaftsprogramme tragen ebenfalls

zu wechselseitigem Verständnis, Toleranz und friedlichem Miteinander bei.

Die beste Maßnahme gegen Gewalt ist – nicht wie Bert Brecht meint, das Schweigen und Aushalten – die Fähigkeit, **Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen**. Damit Kinder und Jugendliche diese Fähigkeit erlernen, brauchen sie in der Schule und außerhalb Erfahrungsräume, in denen sie soziales Verhalten einüben können, in denen sie lernen, Schwierigkeiten ohne Gewalt zu bewältigen. Streitschlichter- und Mediatorenprojekte haben sich hier bewährt. In den Schulen gibt es körperliche und verbale Auseinandersetzungen. Diese Auseinandersetzungen müssen konsequent bekämpft werden, denn sie schaffen auf Dauer ein Klima der Gewalttätigkeit. Die sozialpsychologische Forschung der vergangenen Jahre hat erwiesen, dass es keinen einfachen Zusammenhang gibt zwischen sogenannter „rechter“ Gewalt und nationalsozialistischer Verblendung. Die Verwendung nationalsozialistischer Symbole ist gerade für jugendliche Straftäter nicht so sehr Ausdruck einer politischen Überzeugung, denn als Tabubruch zu verstehen. Symbole können Differenz und Zusammengehörigkeit markieren. Das Beunruhigende ist, dass die Ursachen solcher Gewalt in unserer Gegenwart liegen, nicht in der Vergangenheit.<sup>3</sup> Viele soziale Traditionen können heute keine uneingeschränkte Gültigkeit mehr beanspruchen.

### Menschenbild

Die Gewalt richtet sich gegen Menschen, weil diese in den Augen der Täter nichts zählen, keinen Wert haben. Das ist eine Frage des Menschenbildes. Das **christliche Menschenbild** ist das Fundament unserer Kultur. Die in der Gottesebenbildlichkeit gründende Menschenwürde ist unantastbar. Deshalb darf es gegenüber Gewalt keine Toleranz geben. Alle am Erziehungsprozess Beteiligten – Schulleitung, Lehrerkollegien, Eltern, die außerschulische Jugendarbeit, kommunale Einrichtungen und Schulsozialarbeit – müssen dies gemeinsam Jugendlichen überzeugend vermitteln. Dabei darf dieser Vermittlungsprozess nicht über die Köpfe der Jugendlichen hinweg gesche-

hen. Wenn Jugendliche erfahren, dass sie gebraucht werden, dass sie die Möglichkeit haben, zu gestalten und ihr Umfeld mitzubestimmen, stärkt das ihr **Selbstbewusstsein**. Jugendliche sind dann am wirksamsten vor extremer Ideologie geschützt, wenn sie sich zu selbständigen, selbstbewussten Persönlichkeiten entwickeln. Eltern, Schule und außerschulische Jugendarbeit unterstützen junge Menschen, zu ihrer persönlichen Entwicklung und eigenen Identität zu finden, zu selbstverantwortlichen und selbstbestimmten Persönlichkeiten zu werden, zu lernen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

### Vorbilder

Die Bedeutung von Vorbildern kann in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden. Vorbilder gelebter Demokratie und demokratischer Streitkultur, Überzeugungen und Standpunkte, echte Toleranz, für die nicht alles gleichgültig ist, **Zivilcourage** – wenn diese Haltungen gelebt werden, können sie Jugendliche in ihrem Verhalten beeinflussen und prägen. Die nachhaltige Investition in die Zukunftschancen der jungen Generation ist der wirksamste Schutz gegen Extremismus, Zynismus und Gewalt. Aufklärung, Bildung und Sachlichkeit gehören dazu ebenso wie Zuwendung, Orientierung, Familie und Arbeit. Jugendliche brauchen reale Chancen für Lebensperspektiven, sie haben einen Anspruch auf Bildung und die Vermittlung der Fähigkeiten, die einen Übergang in den Beruf gelingen lassen. Dazu leisten Jugendsozialarbeiter und Jugendberufshelfer in unseren Schulen einen wichtigen Beitrag. In problematischen Lebensabschnitten dürfen Jugendliche nicht sich selbst überlassen bleiben und das Gefühl bekommen, sich im Kampf gegen vermeintlich minderwertige Gegner behaupten müssen. Jugendliche fühlen sich dann stark, wenn wir sie ernst nehmen und an der Gestaltung der Zukunft teilhaben lassen. ■

### Anm.:

Dr. Annette Schavan ist Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württembergs und stellv. Bundesvorsitzende der CDU

<sup>3</sup> Der Frankfurter Sozialpsychologe Ulrich Oevermann hat das traditionelle Nationalismus-Klischee im Hinblick auf rechte Gewalt sehr detailliert widerlegt (in: Hans-Dieter König: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Frankfurt a.M. 1998).

## Erziehung in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Sprengstoffanschlag im Juli in Düsseldorf, Verfolgung von zwei Afrikanern durch 20 Jugendliche in Eisenach, Steinwürfe auf die Alte Synagoge in Essen – Gewalttaten der rechtsextremen Szene im Jahr 2000. Mit ausländerfeindlichen und rassistisch motivierten Straftaten wird die Öffentlichkeit seit Jahren und in letzter Zeit verstärkt konfrontiert. Im Jahr 1999 wurden 134 rechtsextreme Organisationen registriert, d.h. 20 mehr als ein Jahr zuvor. Wenn das rechtsextremistische Personenpotenzial auf über 5.100 geschätzt wird und die Zahl der Gewaltbereiten auf fast 9.000 – Tendenz steigend –, dann belegen diese wenigen Daten, wie wichtig ein nachhaltiger und entschlossener Kampf gegen den Rechtsextremismus ist.

Vor allem Jugendliche sind gefährdet, sich rechtsextremen Gruppen anzuschließen: Fast drei Viertel der rechtsextremen Gewalttäter sind Jugendliche. Die Familienpolitik kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, zu verhindern, dass sich Jugendliche rechtsextremen Gruppen anschließen, in denen demokratische Werte, Menschenwürde und der gewaltfreie Umgang nicht nur in Frage gestellt, sondern aufs gröblichste verletzt werden. Die **Stärkung der Erziehungskraft** in den Familien ist ein wesentlicher Beitrag zur präventiven Bekämpfung des Rechtsextremismus.

### Die wichtigsten erzieherischen Leistungen von Familie

Erziehung in den Familien vollzieht sich über die Art des Zusammenlebens und Vorlebens.

1. Kinder brauchen die Erfahrung, dass **erwachsene Bezugspersonen**, allen voran die Eltern, sich um sie kümmern. Das gilt leiblich wie seelisch. Es



Prof. Dr. Rita Süßmuth:

„Die Erziehung der Kinder ist vorrangiges Elternrecht und vorrangige Elternpflicht.“

macht einen großen Unterschied, ob Kinder erfahren: Es wird füreinander gesorgt, vom Frühstück, bis zur gewaschenen Wäsche, dem gemeinsamen Spiel und den kleinen und großen Wünschen und Bedürfnissen oder ob dafür keine Zeit ist, und jeder sich möglichst um sich selbst kümmert.

2. Kinder brauchen **Regeln des Zusammenlebens**, sie haben Rechte aber auch Pflichten. Sie leben nicht allein auf der Welt, sondern müssen lernen, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Erziehen hilft zugleich Freiheitsräume eröffnen und Grenzen setzen. Zur Erziehung gehören „Ja“ und „Nein“. Das strikte Nein betrifft jede Form von Gewalttätigkeit, von verbalen bis tätlichen Angriffen auf Menschen. Es betrifft den pfleglichen Umgang mit Tieren sowie den Dingen unserer privaten und öffentlichen Umgebung. Wo Kinder und Jugendliche beliebig

beschädigen, zerstören, sich an keinerlei Regeln halten, sich wechselseitig nicht achten und schützen, steht menschenverträgliches Miteinander zentral in Frage. Regeln einhalten und durchsetzen, das kann nicht allein für den Umgang in Familien, sondern Regeln müssen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gelten. Zur Regeldurchsetzung und Ahndung von Regelverstößen kommt es nicht primär und allein auf Polizei und Justiz an, sondern auf die Bürger und Bürgerinnen, ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, Regeln einzuhalten und auch durchzusetzen.

3. Kinder und Jugendliche brauchen in und außerhalb der Familie Erwachsene, die ihnen Menschenachtung, Toleranz, Umgang mit Menschen, die anders sind, vorleben. Sie brauchen Erwachsene, die in ihrem Denken, Reden und Tun andere nicht verletzen, ausgrenzen, verbal oder mit physischer Gewalt niedermachen. Sie brauchen Menschen, die sich der hässlichen Nachrede, der persönlichen Herabsetzung, der Ausgrenzung und Verbreitung von Feindbildern widersetzen. Menschen mit einem gut entwickelten Selbstvertrauen, die an sich selbst glauben, die nicht täglich um ihre Zukunft Angst haben müssen, die sich angenommen und geliebt fühlen, sind geschützter vor negativen Gefühlen und Reaktionen gegenüber den Menschen ihrer Umgebung. Sie vermögen offener und toleranter zu sein.

### Erziehung in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken

In Deutschland wurde über einen zu langen Zeitraum davon ausgegangen, Erziehung erfolge von selbst und sei Nebensache. Es komme vielmehr auf Wissen und praktische Fähigkeiten an. Tatbestand ist, wo Erziehung nicht stattfindet, Erziehende in und außerhalb der Familie weder Autorität noch Wichtigkeit haben, da fallen gelebte Werte und Normen mehr und mehr aus.

Die Folgen sind: Menschen müssen einander fürchten, Leib und Leben sind in Gefahr. Sich des anderen annehmen, füreinander Sorge tragen, einander achten und beschützen, freundlich und be-

hutsam miteinander umgehen, einander helfen und wohlwollend sein: all das bleibt auf der Strecke, wenn wir weiterhin meinen, Erziehung sei unwichtig, Zusammenleben der Menschen in Familien bräuchte weder Vorbereitung noch Begleitung.

### Prägung von Kindern und Jugendlichen in der Familie

Kinder und Jugendliche werden entscheidend geprägt durch ihre Familien. Dort erleben sie menschliche Beziehungen, erlernen sie, was Menschen wohl und ihnen weh tut. Sie erlernen entweder Behutsamkeit, Rücksichtnahme, Freundlichkeit und Fürsorglichkeit oder Menschenverachtung, Unachtsamkeit, Rücksichtslosigkeit, Egoismus, wie auch psychische oder körperliche Gewalt. Sind Interessen nicht anders durchsetzbar, so sorgen vor allem die **falschen Vorbilder** dafür, dass Gewalt überhaupt als Option in Frage kommt. Familien in denen auf Erziehung verzichtet wird, wo keine Grenzen gesetzt werden, wo der junge Mensch ohne persönliche Zuwendung aufwächst, wo die „**Hauptzieher**“ **Fernsehen und Videos** mit gewalttätigen Inhalten sind, da ist die Anwendung von Gewalt aufgrund des Nachahmungstriebes nicht weit. Jene brutale Gewaltpraxis, über die fast täglich berichtet wird, lässt auf entfesselte Aggression und grenzenlose Vernichtungswut schließen ohne jede Form innerer oder äußerer Hemmung. Viele der brutalsten Täter zeigen keinerlei emotionale Erschütterung, Entsetzen über die Tat, Nachdenklichkeit. Man reflektiert die brutale Handlung erst gar nicht: Die Täter schließen sich ab und lassen niemanden an sich herankommen. Vielleicht würde sie das Eingeständnis des Unrechts selbst zum Einsturz bringen. Sozialarbeiter, Psychologen und Richter haben keine Chance. Es sind weder Eltern, noch Lehrer, die auf sie noch Einfluss haben. Sie orientieren sich an gleichaltrigen Gruppenführern mit autoritären, ebenfalls brutalen Führungsstilen. Sie bestimmen auf wen Menschenjagd gemacht und wer verschont wird. Sie urteilen nicht differenziert, sondern nach Kriterien einer schwarzweiss Malerei: Wer kostet, wer schadet, wer schafft an? Sie entscheiden, wer ein Lebensrecht hat.

Es gibt weder Pflichten, noch Verpflichtungen, es gibt brutal durchzusetzende Rechte und Ansprüche. Sie entscheiden, wer wo lebt. Sie setzen ausländerbefreite Zonen durch. Sie verbreiten Angst und Schrecken. Alle **Werte unserer Verfassung**, ein freiheitliches und gewaltloses Zusammenleben, sind Fremdwörter. Es gilt das Gesetz der Gewalt und nichts anderes.

### Stärkung von Erziehungsfähigkeit

Um solchen unerträglichen **Fehlentwicklungen** vorzubeugen, braucht es Erziehung: in Familien, Kindergärten, Schulen. Familien allein sind offensichtlich z.T. überfordert, unfähig oder unwillig, dieser Aufgabe nachzukommen. Lehrer leben in wachsendem Maße in Angst, trauen sich nicht, fürchten, selbst brutal geschlagen oder getötet zu werden. Angst und Ohnmacht breiten sich aus. Viele denken: Der Staat soll es richten mit seinem Gewaltmonopol, mit Politik und Justiz, mit harten Strafen, mit Abschreckung und Freiheitsentzug.

Wer hält diese entfesselten und irreführenden Jugendlichen an, wer hält sie auf? Wer setzt ihnen massiv Grenzen? Ein einzelner allein schafft es nicht. Hier sind **Staat und Gesellschaft, Justiz, Polizei, Kirchen, Verbände und Vereine**, „ja alle“ sind gefordert, gewalttätige Jugendbanden aufzuhalten, in die Schranken zu verweisen. Dringlich sind Erwachsene, die nein sagen und sich gemeinsam wehren, die Menschenfeindlichkeit gegen Kirchen, innerhalb von Wohnzimmern, Läden, Schulen und Kneipen nicht widerspruchslos zulassen.

Wir brauchen **Erzieher**, die nichts unversucht lassen, diese Jugendlichen zu fordern und zurückzuholen, die sich trotz allem nicht abwenden, sie nicht loslassen. Wir brauchen Lehrer mit Erziehungsautorität und Anerkennung für ihre Erziehungsarbeit. Das kostet ungeheure Kraft, Fantasie und viel, viel Zeit. Es geht um nachzuholende Erziehung, und es geht um Vorbeugung. Dazu gehören Vorbilder und Lebensumwelten, in denen Menschen etwas gelten, sie Vorrang vor allen Sachen haben, wo Gewalt in keiner Form, auch in den Medien nicht geduldet wird, wo Gewalt zu

Ausgrenzung und Isolation führt. Erziehen hilft, dass Jugendliche Maßstäbe haben und dass sie wissen, was bejaht und was verneint werden muss. Dazu gehören Vorbereitung und Begleitung. Erziehung muss wieder Thema in den Medien sein.

### Familienförderung als Aufgabe der Politik

Die Erziehung der Kinder ist vorrangiges **Elternrecht** und vorrangige **Elternpflicht**. Staat und Politik wollen nicht vorschreiben, nach welchen Grundsätzen die Erziehungsarbeit in der Familie zu gestalten ist. Sie haben aber gemäß Artikel 6 I Grundgesetz die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Eltern ihrer Erziehungsverantwortung nach Art. 6 II Grundgesetz gerecht werden können.

Um Kindern eine Erziehung in der Familie zu ermöglichen, muss die Familie gestärkt werden. Dazu gehört, dass **Familienarbeit stärker anerkannt** wird. Ferner ist die Möglichkeit zu schaffen, dass Berufs- und Familienarbeit besser vereinbart werden kann. Den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach einer Familienphase gilt es zu erleichtern und Erziehungsleistungen innerhalb der Alterssicherung angemessen zu berücksichtigen. Hier spielt die finanzielle Förderung eine wesentliche Rolle.

Familienpolitik ist aber mehr als nur Finanzpolitik. Die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas sowie die Beseitigung struktureller Benachteiligungen ist nicht weniger wichtig als eine gerechte finanzielle Unterstützung.

### Erziehung ist gemeinsame Aufgabe von Frauen und Männern

Um die Erziehung der Kinder als gemeinsame Aufgabe der Eltern zu fördern, will die Frauen-Union das Vaterbild positiv in der Öffentlichkeit herausstellen. Bildungsangebote für „Vater und Kind“ wie auch Berufs- und Studienberatung für junge Männer sollen an erziehende Berufe heranführen.

Bildungsangebote in Ernährungslehre und Grundkenntnisse in Gesundheitsfürsorge tragen dazu bei, die Personen-

sorge der Kinder verantwortlich wahrzunehmen.

**Familienbildung und Familienberatung**, die eine breite Zielgruppe ansprechen kann und nicht nur bestimmte soziale Schichten, muss ausgebaut werden. Hier soll Erziehungssicherheit vermittelt werden. Überforderungen bei Erwachsenen und Kindern können abgebaut und Eltern-Kind-Konflikte entschärft werden.

Ferner wird eine ausreichende finanzielle Ausstattung der familienunterstützenden Fachdienste der Kommunen und der freigemeinnützigen Träger angestrebt. Auch müssen die familienentlastende Dienste zugunsten von Familien mit Behinderten ausgeweitet werden. Dazu gehört auch der Ausbau von Kurzzeitpflegemöglichkeiten.

#### Familienpolitik als Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Die Stärkung der Familie als Beitrag zur präventiven Gewaltbekämpfung reicht jedoch alleine nicht dazu aus, der rechtsextremen Gewalt vorzubeugen. Es ist notwendig, das Problem von den verschiedenen Seiten anzugehen. Gefragt sind unterschiedliche Reaktionen des Staates und der Gesellschaft.

Die rechtsextreme Gewalt ist ein Prüfstein unserer gesamten Sozialpolitik, der Bildungs- und Kulturpolitik, der Zuwanderungspolitik und der Strafverfolgung. Gefragt sind nicht nur isolierte Einzelmaßnahmen, sondern ein **Netzwerk** zwischen der verbandlichen Jugendarbeit und kirchlichen Institutionen, Aufklärungskampagnen in Kirche und Schule, Zusammenarbeit von Justiz und Polizei.

Nicht zuletzt ist jeder einzelne Bürger aufgefordert, mit Mut und Zivilcourage, Engagement und Problembewusstsein einer antidemokratischen Entwicklung entgegenzuwirken. ■

#### Anm.:

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D., ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU

## Bonhoeffer – Die letzte Stufe, die Geschichte eines Filmes

Alexander Thies

1994, der Krieg in Bosnien wird mit großer Grausamkeit geführt. Verbrechen wie das Massaker in Srebrenica geschehen. Verbrechen, die wir in Europa überwunden glaubten, geschehen wieder und zwar fast vor der Haustür.

Zur selben Zeit kamen wir, die NFP (Neue Filmproduktion tv GmbH), ein mittelständisches Filmproduktionsunternehmen im Familienbesitz aus Berlin, über unsere in vielen Jahren gewachsenen Verbindungen in den USA in Kontakt mit einem amerikanischen Versicherungskonzern, der als Sponsor die Lutherische Gemeinde in den USA und ihre zugrundeliegenden Glaubensgrundsätze in vielfältiger Form unterstützt. Wir lernten, dass Dietrich Bonhoeffer in Nordamerika bekannter als hierzulande ist, und dass z. B. Martin Luther King, neben Gandhi, Dietrich Bonhoeffer als sein Vorbild nannte. Wir wurden dort gefragt, ob die NFP nicht einen Film über Dietrich Bonhoeffer machen wolle. Es lägen schon diverse Treatments und Drehbuchvorschläge vor, die wir uns anschauen sollten. Einen Film über diesen Theologen zu machen, der wie kaum ein anderer seinen Widerstand gegen Rechts lebte, interessierte mich. Aber könnte man damit auch heute noch Erfolg haben?

#### Drehbuchsuche

Wir sagten spontan zu, uns mit diesem Projekt zu beschäftigen. Dietrich Bonhoeffer ist eine **zeitgeschichtliche Figur**, die für Unbeugsamkeit und eine feste Haltung steht, die aus theologischen Grundfesten heraus der Nazi Diktatur mit einer Konsequenz Widerstand leistete, die ihn letztlich tötete. Eine Figur also, die gerade damals, angesichts des Geschehens auf dem Balkan für mich Bedeutung gewann.

Die Drehbuchvorschläge, die ich einsah, deckten zwar ein Genrespektrum von

„Rambo“ bis „Ben Hur“ ab, den besonderen historischen Umständen und insbesondere der Person Bonhoeffers wurden sie jedoch nicht gerecht.

#### Finanzierung und Beratung

Wir begannen mit Unterstützung unserer US-amerikanischen und später auch kanadischen Partner selbst, ein Drehbuch in englischer Sprache für den Weltmarkt zu entwickeln. In dieser Phase erhielten wir auch in Deutschland finanzielle Unterstützung durch die Developmentförderung der Filmboard Berlin Brandenburg, sowie durch das Media- Programm der EU. Dennoch stiegen im Laufe der Entwicklung die Kosten so stark, dass die NFP mit einem großen Eigenanteil ein ungewöhnlich **hohes Risiko** einging.

Eine ganze Reihe von Autoren und Dramaturgen befassten sich mit der Entwicklung eines Drehbuchs, das den Spagat schaffen musste, das **Leben eines „Heiligen“** abzubilden, ohne zu langweilen und dennoch glaubwürdig zu bleiben. Es ist nicht leicht, einen Zeitraum von fast 10 Jahren intensiven Lebens in weniger als 90 Minuten zu erzählen, die vom US-Fernsehpartner vorgegeben waren und Bonhoeffers theologische Schriften und Theorien, die ja die Faszination dieser Person ausmachen, filmisch umzusetzen. Den entscheidenden Beitrag bei der Entwicklung des Stoffs leisteten Berater. Zum einen war dies **Eberhard Bethge**, Freund, Weggefährte und Biograph Dietrich Bonhoeffers, sowie Dr. Ullrich Schaefer. Das Drehbuch wurde von diesen profunden Bonhoeffer- Kennern kommentiert und mit ihnen abgestimmt.

Alle Drehbuchfassungen mussten ihrerseits wieder mit unseren Partnern in Übersee besprochen werden. Letztlich hielten wir uns aber an die historische Figur und an seine Schriften. Uns war der

gestrenge Wächter des Vermächtnisses und der Erinnerung an Dietrich Bonhoeffer, Eberhard Bethge, eine große Hilfe. Er ist am 18. März 2000 im Alter von 90 Jahren verstorben, hat den fertigen Film jedoch noch gesehen und für gut geheißen.

Nun ging es in die heiße Phase der Produktion des Films. Hierfür fanden sich in der EIKON, einer Filmproduktionsfirma, deren Träger die evangelischen Kirchen sind, und dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg weitere **Finanzierungspartner**. Über den kanadischen Koproduzenten kam der Regisseur Eric Till zum Projekt, ein Regisseur, der es in herausragender Weise versteht, Schauspieler zu führen. Als gebürtiger Brite zeichnete ihn zudem die Sensibilität eines Europäers für die deutsche Geschichte dieser Zeit aus, die garantierte, dass die übliche, klischeehafte Darstellung ausblieb.

### Besetzung der Schauspieler

Ein wenig stolz sind wir auf die Filmbesetzung. Bis in die Nebenrollen hinein konnten ausgezeichnete Darsteller besetzt werden. Uns ist es gelungen Ulrich Noethen, Dominic Horwitz, Johanna Klanthe, Tatjana Blacher, den Kanadier Robert Joy u.v.a. für *Bonhoeffer – Die letzte Stufe* zu gewinnen. Die Titelrolle spielt Ulrich Tukur, den wir unbedingt besetzen wollten, besonders wegen seiner schauspielerischen Qualitäten, aber auch wegen seiner **frappierenden Ähnlichkeit** mit Bonhoeffer. Später stellte sich heraus, dass ein Verwandter von Ulrich Tukur nach dem Krieg die Verlobte Bonhoeffers, nämlich Maria von Wedemeyer (im Film gespielt von Johanna Klanthe), geheiratet hatte und Bonhoeffer und Tukur Mitglieder der gleichen Studentenverbindung in Tübingen waren.

Gedreht haben wir in Prag, Berlin und Brandenburg, sowie in Toronto. 28 anstrengende Drehtage nahm die Herstellung in Anspruch. Weitere 3 Monate gingen für Schnitt und „Postproduction“ ins Land.

Bereits im Juni 2000 strahlte PBS, ein öffentlich-rechtlicher Sender in den USA, *Bonhoeffer Agent of Grace* aus. Die Einschaltquoten waren enorm, ein großer Erfolg. Außerdem war es unseren ame-

rikanischen Partnern gelungen, den Film in einzelnen Kinos zu platzieren, wo er recht erfolgreich gespielt wurde.

### Filmvertrieb

Dieser Erfolg und die Tatsache, dass wir den Film ohnehin im Kinoformat gedreht hatten, bewog uns, den Film auch auf die große Leinwand bringen zu wollen. Wir zeigten ihn verschiedenen deutschen Verleihern, die allerdings wegen **mangelnder Kommerzialität** und angeblich fehlender Aktualität abwinkten. Wir entschlossen uns deshalb gemeinsam mit der EIKON *Bonhoeffer – Die letzte Stufe*



im Eigenverleih zu starten. Partner für PR und Marketing waren schnell gefunden. Für den Vertrieb stellte sich die UFA – Kinokette und der Central Filmvertrieb zur Verfügung. Ein stimmiges Marketingkonzept, das nicht in erster Linie darauf abzielte, den üblichen Kinogänger für uns zu gewinnen, sondern als **„special interest group“** die Evangelischen Gemeinden und die öffentlichen Schulen anzusprechen. Es stellte sich heraus, dass ein Film über diese zeitgeschichtliche Figur, die für die evangelische Kirche prägend ist und für jedermann im Hinblick auf **Zivilcourage** und konsequenter Haltung Vorbild sein sollte, genau dort großes Interesse erweckte. Die Evangelische Kirche hat die notwendige Öffentlichkeitsarbeit spontan auf den verschiedensten Ebenen – von der Rundfunkbeauftragten der EKD über die Stellen für Öffentlichkeitsarbeit der Landeskirchen bis zu den Pfarrern in

den Gemeinden und Religionslehrern in den Schulen – tatkräftig unterstützt. Auch die Zusammenarbeit mit Kultusministerien, Schulämtern und einzelnen Schulen klappte ausgezeichnet.

### Medieninteresse

Zudem zeichnete sich schon während der Produktionsphase ein großes Interesse der Medien ab. Dankbar wurde dieser Gegenentwurf zur üblichen Massenware auch in der Kinostartphase aufgenommen. Die Berichterstattung über *Bonhoeffer – Die letzte Stufe* war im Verhältnis zur Breite, in der der Film gestartet wer-

den sollte, also mit nur 5 Kopien bundesweit, überwältigend umfassend. Wie bei zeitgeschichtlichen und künstlerischen Produkten mit Anspruch üblich, reichte die Spannbreite der Besprechungen von durchweg positiv bis zur harschen Kritik. Allgemein positiv wurde aber das Anliegen aufgenommen, einen Film über diese **Lichtgestalt des Widerstands** zu machen und an ihn zu erinnern.

Projiziert wurden uns 15.000 Zuschauer. Wir selbst waren uns einig, daß 35.000 Kinobesucher ein großer Erfolg wären, mittlerweile haben über 70.000 Zuschauer ihren Weg ins Kino gefunden. Mit 5 Kopien wurde der Film gestartet, inzwischen hat sich die Kopienzahl verdreifacht. Die Kinoauswertung ist noch bis in den Januar hinein gesichert, obwohl *Bonhoeffer – Die letzte Stufe* am 22. Dezember um 22.45 in der ARD ausgestrahlt wird. Zudem haben wir es geschafft, den

Film vielen Menschen auf besondere Weise nahe zu bringen. Bei verschiedenen Veranstaltungen z.B. auf der EXPO, in München und in Flossenbürg kamen wir mit dem Publikum ins Gespräch. Zum Buß- und Betttag wurde in der ausverkauften Essener Lichtburg mit 1.300 Plätzen zunächst im Kinosaal ein Gottesdienst gefeiert und anschließend der Film gezeigt.

**Fazit:** *Bonhoeffer – Die letzte Stufe* ist Produkt einer gut funktionierenden Zusammenarbeit mit Partnern aus Übersee

und in Deutschland. Der Film hat in Deutschland beim Filmfest München den ökumenischen „one future Preis“, in Monaco die „goldene Nymphe“ erhalten und wurde in den USA beim 46. internationalen Filmfestival in Columbus als bester Film ausgezeichnet. Er ist also inzwischen mit einer deutschen, einer europäischen und einer amerikanischen Auszeichnung bedacht worden. Ernste Themen, die vorgeblich nicht dem Zeitgeist entsprechen, haben im aktuellen TV- und Kinomarkt durchaus ihre Chan-

ce, wenn man an sie glaubt, sich nicht beirren lässt und Haltung bewahrt. Es ist uns damit nicht nur ein historischer Beitrag gelungen, sondern auch ein Film, der die heutigen gesellschaftlichen Probleme anhand von Bonhoeffers Person und Bedeutung spiegelt. ■

**Anm.:**

Alexander Thies ist Produzent des Bonhoeffer-Films und Geschäftsführer der NFP – Neue Filmproduktion tv GmbH

## Bücher

**Max Klingberg**  
**Märtyrer heute. Eine Dokumentation zur weltweiten Diskriminierung und Verfolgung von Christen.**  
 Verlag Schulte & Gerth, Asslar in Zusammenarbeit mit der Ev. Nachrichtenagentur idea e.V., Wetzlar,  
 1. Aufl. 2000, 221 Seiten  
 ISBN 3-89437-684-8  
 16,80 DM

Die Geschichte der Christenheit ist von einer breiten Blutspur gekennzeichnet. Nach einer Berechnung von David B. Barrett starben seit der Kreuzigung Jesu bis zum Jahr 2000 **43.100.000** christliche Märtyrer, wobei die Zahl der Märtyrer auch Christen und Namenschristen enthält, die im Rahmen eher politischer Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen – zum Beispiel zwischen Muslimen und Christen im Sudan – getötet wurden. Keine andere Religionsgemeinschaft weist eine so hohe Zahl von um ihres Glaubens willen Getöteten auf. Im 20. Jahrhundert gab es die höchste Zahl christlicher Märtyrer. Jedes Jahr werden etwa 3.000 Christen mehr wegen ihres Glaubens umgebracht als im Vorjahr (1999: 165.000). Verantwortlich dafür sind hauptsächlich ein



sich ausweitender fundamentalistischer Islam, der fast gleichzeitig mit dem Einbruch des Kommunismus einsetzte, sowie das Wachstum des politischen Hinduismus und das Entstehen neuer Diktaturen in Afrika. Christenverfolgungen, das geht aus Einzelberichten dieses Sammelbandes hervor, finden rund um die Welt statt, am stärksten, wo Islam und Kommunismus herrschen. Dabei wird in diesem Band differenziert: es gibt Unterschiede von Staat zu Staat, manchmal von Region zu Region.

Die Tatsache permanenter Christenverfolgung wird mit einem Tabu belegt. Diese eklatanten Verstöße gegen geltendes Völkerrecht finden auch in Staaten statt, die die „Allgemeine Menschenrechtserklärung“ der Vereinten Nationen unter-

zeichnet haben. Zeigt sich damit nicht eine Gleichgültigkeit, Affinität und Angst von vielen Politikern und „Kirchenfürsten“ in Bezug auf Islam und Kommunismus? Wegschauen und nichts sehen zu wollen, ist zu wenig. Man wird schuldig, wenn man zu objektivem Unrecht schweigt.

Aus den Berichten wird deutlich, dass dort, wo die Bedrückung groß ist, die Zahl der Christen nicht zurückgeht, sondern steigt. Damit bestätigt sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts das Wort Jesu: „Die Pforten der Hölle werden sie (=seine Kirche) nicht überwältigen“ (Mt. 16,18) und die tiefe Einsicht Tertullians

„Das Blut der Märtyrer ist der Same der Kirche“ (Tertullian). Das entbindet nicht davon, sich für die Verfolgten einzusetzen. Dafür bietet dieses Buch Hilfen! Es führt umfangreiche „Selbstdarstellungen von Menschenrechts- und Hilfsorganisationen“ an, die sich mit verfolgten Christen befassen. Ein Adressverzeichnis von „Menschenrechtsorganisationen und Einrichtungen, die sich für die Belange verfolgter Christen einsetzen“ (von ai bis World Evangelical Fellowship Religions Liberty Commission, der Menschenrechtsabteilung der weltweiten Evangelischen Allianz) ist aufgeführt. Man wünscht sich eine weite Verbreitung dieser Dokumentation. Niemand kann sich damit herausreden, er könne nichts tun, denn jeder kann beten, schreiben (Petitionen, Unterschriftensammlungen), spenden. Und jedem Christen sollte im Hinblick auf die um ihres Glaubens willen verfolgten Christen

Evangelischer Arbeitskreis  
 der CDU Niedersachsen  
 und Niedersächsische Lutherische  
 Heimvolkshochschule Hermannsburg

### Einladung

zum Wochenendseminar  
 in der Heimvolkshochschule Hermannsburg  
 vom 12.- 14. Januar 2001

„Grundrecht Freiheit:  
 ohne Bindung überdehnt oder in  
 Verantwortung gebunden?“

Anmeldung erbeten unter:  
 Postanschrift:  
 Postfach 1280, 29315 Hermannsburg  
 Hausanschrift:  
 29320 Hermannsburg, Lutterweg 16  
 Telefon: 05052-8006, Telefax: 05052-8659

jene biblische Wahrheit bewusst werden: „Wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit“ (1. Kor. 12,26).

(Walter Rominger)

**Christian Nürnberger:**  
**Kirche, wo bist du ?**  
München 2000, dtv  
ISBN 3-423-24232-9  
28,- DM

### Kick im globalen Kapitalismus

Das Buch ist eine Provokation. Es will den christlichen Kirchen – und auch der Gesellschaft – den Spiegel vorhalten, mittels dessen sie erkennen können, dass sie dem Falschen hinterherlaufen. Bei diesem Falschen – Nürnberger nennt es den Ritt auf toten Pferden – handelt es sich zum einen um die Globalisierung, die er in scharfer Form kritisiert. Er sieht die Welt beherrscht von einer kleinen Zahl von Milliardären und Millionären einschließlich der „Lambsdorff-Jury“ (S.72). In Verbindung mit den neuen Technologien, die er letztlich als ethisch nicht beherrschbar einschätzt, sieht er die Welt hemmungslosen Kapitalinteressen ausgeliefert, einem **Ökonomismus**, der zum Nihilismus tendiert. Die Folge ist eine soziale und moralische Verlierergesellschaft, auf die Kirchen reagieren müssen.

Zum anderen geht es um die Anpassung der Kirchen an die herrschende Meinung in der Erwartung, so ihre schleichende Auszehrung zu stoppen. Nürnberger kritisiert den Rückgang des seelsorgerischen Handelns, die kirchliche Konferenz- und **Sitzungshuberei** mit Bergen von Papier, die keinen in der Gesellschaft beeindrucken, die totale Folgenlosigkeit der

weltoffenen kirchlichen Gespräche, die kirchliche Ratsuche bei McKinsey, das Vermarktungsdenken und die kirchlichen Werbekampagnen – alles Symptome für Kirchen in einer unbewältigten Glaubenskrise zwischen deren Leugnung und Hyperaktivität.

Die Kirchen liefern sich seiner Meinung nach dem **Zeitgeist** aus und laufen den jeweiligen Moden hinterher. Nürnberger fordert einen radikalen Schnitt: weg von der staatlichen Kirchensteuer, hin zu eigenständigen Beiträgen ausschließlich von den Kirchenmitgliedern. Und statt sich mit den „Reizthemen Pille, Zölibat, Priesterschaft für Frauen, Abtreibung“ zu beschäftigen, täte es Not, die Sozialethik der Kirchen wieder stärker ins Zentrum kirchlichen Handelns zu holen und christliche Überzeugungen tatkräftig in das eigene Leben umzusetzen.

Gegenüber dem „neuen Glauben an Markt und Technik“ fordert Nürnberger die Kirche auf, **Widerpart** zu sein und auf die Eigenständigkeit gesellschaftlicher Bereiche zu drängen. In der Tat ist es richtig, dass nicht alles einem ökonomischen Denken unterworfen werden darf. Die Auseinandersetzung um die Sonntagsarbeit ist nur ein Beispiel dafür. Aber viele unserer Probleme im Wirtschafts- und Sozialbereich stellen sich doch heute anders. Es geht nicht um Markt oder Nichtmarkt, sondern um den richtigen Mix: Wie können wir den Freiheits- und den Solidargedanken miteinander neu verbinden, innerhalb welcher Bereiche brauchen wir mehr Wettbe-

werbselemente und wo mehr Gemeinschaftssinn, wo mehr eigenständige Entscheidungen und wo mehr Beteiligungsgerechtigkeit? Die heutigen Fronten laufen quer zu alten Fragestellungen.

Auch anderes ist bei Nürnberger nicht recht einsichtig. Bei aller „Huberei“ gibt es doch viel ernsthaftes Engagement in den Kirchen, im Seelsorgerischen, in den Gemeinden, in Caritas und Diakonie, Engagement mit vielen unscheinbaren Wirkungen. Und auch die Auseinandersetzungen mit den Themen der Zeit –



in offener kommunikativer Form ebenso, wie in kirchlichen Papieren und Stellungnahmen – trägt zur Bewusstseinsbildung und einer Standortbestimmung des Christlichen bei. Die Suche nach Effizienz in den kirchlichen Organisationen ist zudem keine Ökonomisierung der Glaubenserfahrung. Ebenso ist Werbung für Kirche und religiöse Einstellungen nicht etwas kapitalistisch Anstößiges, sondern gehört lebensweltlich immer dazu, wenn es um die Überzeugung anderer geht.

Auch ein gutes Beispiel ist Werbung für etwas. **Und warum soll die christliche Botschaft eigentlich altmodisch daherkommen?** Dadurch wird sie nicht glaubwürdiger.

Nachdenklich stimmen eher Nürnbergers Hinweise auf die besondere Bedeutung der „**kleinen Einheiten**“, der Gemeinden, die er als Kern einer erneuerten Kirche wieder aktivieren möchte. Dabei bezieht er sich vor allem auf das Konzept der „Integrierten Gemeinden“, in denen die einzelnen Mitglieder „ihr Leben miteinander verbinden, aufeinander abstimmen, gemeinsam leben, arbeiten, singen, beten und feiern“. Er sieht das als christlichen Impuls für eine „**Kirche im christlichen Kapitalismus**“, die „**Kick**“. Eine solche Revitalisierung der Gemeinden als innovatives Zukunftsprogramm – das ist in der Tat bedenkenswert für die zukünftige Gestalt der Kirchen.

Nicht nur argumentative Auseinandersetzung und zugespitzte Polemik findet sich in dem Buch – Nürnberger schreibt oft in plastischen Bildern und Anekdoten, in Dialogen und Erfahrungsberichten, nicht weit entfernt von der Sprache guter Predigten. Das kommt seiner Lesbarkeit zugute. Es ist ein herrlich knorriges, ein brillantes und zugleich streitbar einseitiges Buch, man liest es mit bösem Vergnügen – und muss doch aufpassen, dass man der süßigen Sprache nicht erliegt. Denn das ganze Buch durchzieht ein großer Widerspruch: die Kirchen werden kritisiert (die evangelische Kirche noch mehr als die katholische), weil sie sich zu

sehr auf die Welt und den Zeitgeist eingelassen haben.

Aber gleichzeitig fordert Nürnberger, dass die Kirchen als globale Organisation die große Speerspitze im Kampf gegen den Turbokapitalismus und das Korrektiv gegenüber der Globalisierung sein soll – und das heißt ja wohl, dass sie sich noch mehr auf die Welt und den Zeitgeist einlassen müssen. Wie sollten sie sonst der hoffnungsvollen, ja manichäischen Widerpart sein zum globalen Kapitalismus? Nein, die Kirche wird nicht aus der Spannung entlassen werden können zwischen Glauben und Welt, Innerlichkeit und Außenorientierung. Gerade darin liegt ja eine der großen Stärken der Kirchen. Und vermutlich würden die Kirchen solche Kulturkämpfe kaum gewinnen. Weil Nürnberger nur die Negativseiten von Globalisierung und Kirchen ins Blickfeld geraten, sozusagen einer halbierten Wahrnehmung frönt, erhält man bei ihm auch kein richtiges Gesamtmosaik einer Kirche im dritten Jahrtausend.

Was das Buch lesenswert macht, sind die „kleinen Einsichten“ und Beobachtungen, die vielen richtigen Mosaiksteine. Und die unbequemen Fragen und Ansichten eines engagierten Laien, der unterwegs auf der Suche nach der frohen Botschaft ist. Wie gesagt, das Buch ist eine Provokation. Aber das Wort kommt ja vom Lateinischen 'provocare' – etwas hervorrufen. Man darf gespannt sein, was da alles bei Kirchen und Gläubigen hervorgerufen wird angesichts grassierender Verunsicherungen, der Trägheit der Institutionen und der Suche nach einem Glaubensort zwischen Grundsatz und Zeitgeist. Als „Kick“ ist das Buch jedenfalls gelungen.

*Bernward Baule*

**Anm.:**

Bernward Baule, Mitglied in der Planungsgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und zuständig für Politische Kommunikation/ Politische Grundsatzfragen

## Aus unserer Arbeit

### ■ Islam – Aspekte der Integration

**Pinneberg:** Der Vorsitzende des EAK-Kreisverbandes Pinneberg, **Hans Bleckmann**, konnte mit **Dr. Kuhn** dem Vorsitzenden des Landesarbeitskreises „Gesprächsforum Integration der CDU Schleswig-Holstein“ einen Referenten gewinnen, dem es ein großes Anliegen ist, ein engeres kooperatives Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen zu erreichen. Beide Seiten müssten aufeinander zugehen und bestrebt sein, Vorurteile abzubauen, so Dr. Kuhn. Art. 4 GG erkläre die Freiheit des religiösen Bekenntnisses für unverletzlich und gewährleiste die ungestörte Religionsausübung. Dazu gehört für Kuhn auch die Anerkennung des Rechts zum Bau von Moscheen und der Errichtung von Koranschulen. Dr. Kuhn sprach sich auch für die Einführung des islamischen Religionsunterrichtes an den deutschen Schulen aus, der in deutscher Sprache gehalten werden müsse. Ferner forderte Dr. Kuhn, dass die Deutschen lernen müssten, mit dem Islam zu leben und andererseits die Muslime ihren Teil zur Integration beitragen müssten. Das gelte vor allem für die junge Generation der Muslime, die Deutsch lernen müssten, um sich selbst die Integration zu erleichtern, nicht zuletzt um einer Ghettobildung vorzubeugen.

Im Dialog mit Muslimen in Deutschland ginge es um den Respekt vor der jeweils anderen Religion mit dem Ziel eines friedlichen Zusammenlebens. Hans Bleckmann möchte mit Sachinformationen Vorurteilen entgegenwirken, denn für ihn setzt das Miteinanderleben Verstehen voraus.

### ■ „Der Wert der Familie“

**Ludwigsburg:** Wie sieht die Zukunft der Familie aus? Kann eine Gesellschaft zukünftig auf die klassische Familie verzichten? Die Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU, Kreisverband Ludwigsburg, **Karin Schauder-Jähnichen**, konnte zu diesen Fragen mit dem Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Herrn **Hartmut Steeb**, einen Referenten begrüßen, der eine klare Antwort lieferte: „Die Familie ist und bleibt der Motor unserer Gesellschaft, unser Volk kann in Zukunft auf Familie nicht verzichten.“

Steeb analysierte pointiert den Wandel des Familienbegriffs: „War früher die Familie eine stabilisierende Lebens- und Erwerbsgemeinschaft, so ist heute daraus oftmals eine Eß- und Schlafgemeinschaft geworden, wobei das 'Gemeinsame' sich auf den gemeinsamen Haustürschlüssel und den gemeinsamen Kühlschrank beschränke“. Im Zuge dieser Entwicklung habe die Familie leider ihre Prägekraft verloren. Von der Politik sei sie zum Lastesel der Nation gemacht worden, welches vom Bundesverfassungsgericht auch mehrfach beanstandet wurde.

Mit kritischen Worten setzte Steeb sich mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz der Bundesregierung auseinander.

Das Gesetz würde mit Blick auf das Grundgesetz die Sonderstellung der Familien aus den Angeln heben. Ehe und Familie mit ihren besonderen Leistungen für die Gesellschaft werden durch das Lebenspartnerschaftsgesetz diskriminiert. Der besondere Schutz von Ehe und Familie durch Art. 6 GG würde durch den Staat ausgehöhlt werden. Für die Verfassungsgeber sei das Bild von verheirateten Eltern, die ihre Kinder in der Familie erziehen, der Leitbegriff gewesen. Für Hartmut Steeb gilt dies auch heute noch, zumal er als Christ Ehe und Familie als Stiftung Gottes betrachte und die Ordnungen Gottes für ihn die idealen Gestaltungsformen menschlichen Zusammenlebens darstellten.

Zur Stärkung der Familie schlug Steeb ein Alternativkonzept vor, welches folgende Eckpunkte beinhaltet:

- Förderung von Eheschließungen durch eine staatliche Ehebeihilfe i.H.v. 1000,- DM
- Bevorzugung von Familien bei öffentlichen Wohnungszuweisungen
- Ausbezahlung des Kindergeldes i. H. des jährlich neu festzustellenden Existenzminimums für Kinder (derzeit 600,- DM)
- Ausbezahlung des Kindergeldes vom Zeitpunkt der ärztlichen Feststellung der Empfängnis
- Einführung des Familienwahlrechts
- Eine familiengerechte Ökologiepolitik durch kostenlose Mitnahme von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Personennahverkehr.
- Die rechtliche Anerkennung der Familienarbeit als häusliche Berufs- und Erwerbsarbeit, beispielsweise durch eine Zahlung von 1000,- DM pro Monat und pro Kind an die Eltern.

## ■ Thomas Rachel wird Landessynodaler der Ev. Kirche im Rheinland

**Kreis Düren:** Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Thomas Rachel** hat die Berufung in die Landessynode mit großer Freude aufgenommen und als ein Zeichen der Wertverbundenheit zwischen der Evangelischen Kirche im Rheinland und seinem politischen Leben in der CDU gedeutet, welches er bewusst als evangelischer Christ zu gestalten versucht. Neben seiner Tätigkeit im „Ausschuss für Öffentliche Verantwortung“ der Evangelischen Landeskirche ist er Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Nordrhein-Westfalen. Daher ist es Thomas Rachel von der politischen Verantwortung aus gesehen ein Anliegen, tragfähige Brücken zwischen der Evangelischen Kirche und der CDU zu bauen.

Gerade in der derzeit schwierigen Lage nach der Veröffentlichung des von Kardinal Ratzinger veröffentlichten Papiers „Dominus Iesus“ liegt ihm die Ökumene besonders am Herzen.

## ■ EAK Landestagung Nordrhein-Westfalen

Der Landesvorsitzende der CDU-Nordrhein-Westfalen, **Dr. Jürgen Rüttgers**, eröffnete die Landestagung des EAK mit Ausführungen zum „C“ im Parteinamen. Dieses sei die beste Versicherung gegen die Hybris der Politiker, die glaubten, dass alles machbar sei. Politik sei keine postmoderne Beliebigkeit, sondern sie hat etwas mit Werten zu tun. Ein klares Bekenntnis ist für Rüttgers nicht

immer populär, die Union sage bewusst „JA“ zu den Kirchen im Land. Die Zusammenarbeit müsse aber intensiviert werden. Daher sei es als positives Zeichen zu werten, dass **Thomas Rachel**, MdB, in die Landessynode der Rheinischen Kirche berufen worden ist.

### „Wir sind das Volk“

Der frühere Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Pfarrer **Dr. Joachim Gauck**, leitete seinen Vortrag auf der EAK



Der EAK-Landesvorsitzende Rachel mit Dr. Gauck und dem Landesvorstandsmitglied Frau Sommer.

Landestagung zur Fragestellung „Zehn Jahre Deutsche Einheit – Alles aufgearbeitet?“ mit dem Satz ein: „Ich könnte es mir mit der Frage einfach machen und sagen: Nein“. Zum Verständnis des Themas wandte er die Blickrichtung auf die Zeit vor der Wende in der DDR und die Gründe für die Fremdheit zwischen Ost und West. Anhand deutlicher Beispiele schilderte er den Alltag der DDR, berichtete von den Zwängen und Abhängigkeiten, dem riesigen Überwachungsapparat, von der zentralen Botschaft „Füg dich“, die zu einer politischen Ohnmacht führten, die als Normalität empfunden wurde.

„Wer die Ostdeutschen kennen lernen will, sollte in die eigene Vergangenheit sehen“, diese Perspektive versuchte Gauck in seinem Vortrag den Anwesenden nahezubringen. Dieser Blick in das, in der Vergangenheit eigen Erlebte, macht für Gauck ersichtlich, dass die Unterdrückungsstrukturen der NS-Zeit mit denen der Stasi-Herrschaft parallel gesehen werden können. Diese Gewaltstrukturen, die nach 1945 teilweise totgeschwiegen wurden, sind hinsichtlich des DDR-Regimes aufgedeckt worden.

Das Reden und Schreiben hierüber ist für Gauck ein wesentlicher Schritt zur heilsamen Aufarbeitung der Vergangenheit.

Er erinnerte daran, dass die große Leistung der Ostdeutschen, die in der Freude über die Einheit etwas verloren gegangen ist, nicht vergessen werden darf. Sie haben gerufen „Wir sind das Volk“ und die ostdeutsche Bevölkerung hat die Politiker in Richtung Einheit geschoben: „Die Mauer wurde von Osten nach Westen umgestoßen“. Diese Freiheitstradition haben die Ostdeutschen in die Einheit eingebracht. Die Freiheitstradition

der friedlichen Revolution hätte ohne die Kirchen so nicht stattgefunden.

## ■ Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der Sächsischen Union

**Dresden:** **Dr. Martin Borowsky** aus der Thüringer Staatskanzlei sprach auf der Landesversammlung des EAK Sachsen über die „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“. Als Insider des Gestaltungsprozesses erläuterte er die Entstehung der Charta, die Schwierigkeiten der Konsensfindung, gefundene Minimalkonsense und wies insbesondere darauf hin, dass eine Ausgestaltung der darin formulierten Rahmenbedingungen nur unter Berücksichtigung der jeweiligen traditionellen nationalen Verfassungs- und Rechtsgefüge geschehen könne und dürfe. Die Versammlung bedauerte, dass der Gottesbezug in der Präambel fehle und somit der menschlichen Selbstüberschätzung, aus der im letzten Jahrhundert in Deutschland zwei totalitäre Systeme hervorgegangen seien, Tür und Tor geöffnet werde.

Die Landesversammlung wählte **Staatsminister Dr. Hans Geisler** wieder zum Vorsitzenden, **Angelika Dreikopf** (Leipzig) und **Dietmar Franke** (Dresden) zu Stellvertretern, **Dr. Peter Schumann** (Dresden) zum Schriftführer sowie **Erika Brückner**, **Hartmut Decker** (beide Annaberg), **Dr. Michael Feist** (Weißeritzkreis), **Lothar Klein** (Dresden) und **Horst Otto** (Chemnitz) zu Beisitzern.

*Dr. Peter Schumann*

## ■ EAK Baden beschließt Vereinigung mit dem EAK Württemberg

Mannheim: Einstimmig wurde der bisherige Landesvorstand des EAK Baden unter Vorsitz von **Dekan Franz Doleschal** während des Landestages in Mannheim wiedergewählt und beauftragt, die Vereinigung mit dem württembergischen EAK im Jahr 2001 vorzubereiten. Geprüft werden soll, ob der neue Landesverband Baden-Württemberg auch durch Bezirksebenen untergliedert werden kann. Der badische EAK verspricht sich durch die Vereinigung einen höheren Wirkungsgrad gegenüber der Öffentlichkeit und innerhalb der Landes-CDU, die die Fusion unterstützt.

Die Landestagung stand unter dem Motto „Menschen bilden – nach welchem Bild?“. Grundlegende theologische bzw. juristische Referate von **Prof. Dr. Rainer Mayer** und **Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski**, beide Universität Mannheim, umrahmten das Podiumsgespräch zwischen **Dorothea Beetz**, Landesvorsitzende der Schülerunion, **Berthold Schwind**, Verband Bildung und Erziehung sowie

**Dr. Gerd Waldecker**, Geschäftsführer der IHK Rhein-Neckar.

*Dr. Norbert Lurz*

## ■ Unternehmensgründung als Ergebnis kompetenter Beratung

Anlässlich der Jahrestagung der „Initiative e.V.“ machen die Vorsitzenden **Dirk von Hahn** vom EAK der CDU des Bezirksverbands Niederrhein und **Albert Rathjen** vom EAK Kreisverband Rotenburg (Wümme) auf die wertvolle Arbeit des Vereins aufmerksam, welcher in Zusammenarbeit mit den evangelischen Kirchen in Mittel- und Osteuropa Hilfe zur Selbsthilfe für mittelständische Unternehmer fördert. **Prof. Dr. Otto Strecker** aus Bonn ist einer der Initiatoren und zur Zeit Vorsitzender des Vereins. Neben den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern unterstützen mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus der Wirtschaft, Lehrkräfte von Hoch- und Berufsschulen, Pastorinnen und Pastoren und sonstige Fachleute die „Initiative e.V.“ durch ehrenamtliches Engagement.



EAK-Landesvorsitzender Franz Doleschal (Bildmitte) diskutierte mit Berthold Schwind, Prof. Rainer Mayer, Dorothea Beetz und Dr. Gerd Waldecker über Bildungspolitik.

Der Verein erhofft sich von seiner Arbeit auch einen verstärkten Brückenschlag zwischen Mittelstand und Kirche in Deutschland.

Die wichtigsten Maßnahmen sind Fortbildungsseminare für mittelständische Unternehmensführung, Einzelberatung in der Existenzgründung eigenständiger Unternehmen im Bereich Handwerk, Handel, Dienstleistung, Partnersuche durch eine „Initiative- Datenbank und Vermittlung von Betriebspraktika. Organisatoren der Seminare in den Ländern sind die jeweiligen Evangelischen Kirchen, die eine wichtige Aufgabe darin sehen, Christen zur aktiven Mitgestaltung des Wirtschaftslebens zu ermutigen. Der Aufbau der sozialen Marktwirtschaft erfordert von den Menschen Mut, unternehmerische Verantwortung, Risiken und Chancen wahrzunehmen, nachdem sich die Rahmenbedingungen in Osteuropa radikal verändert haben. Diesen Mut möchte die „Initiative e.V.“ vermitteln und stärken.

## ■ Gewalt an Schulen

**Nienburg:** Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Nienburg unter Leitung des Vorsitzenden **Helmut Leeke** veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Frauen-Union eine Veranstaltung zur Weiterentwicklung des niedersächsischen Schulwesens. Als sachkundiger Referent konnte Regierungsschuldirektor **Günter Ruhrig** gewonnen werden. Neben der Angliederung der Orientierungsstufe an die weiterführenden Schulen, der Schaffung eines zweigliedrigen Schulsystems und der geplanten Verkürzung der Schulzeit von 13 auf zwölf Jahre, sprach Ruhrig die Pro-

blematik der zunehmenden Gewaltbereitschaft der Schülerinnen und Schüler an. Er schlug vor, in den Klassen Verträge abzuschließen, in denen sich alle verpflichten müssten, die Schulordnung einzuhalten. „Sie glauben nicht, wie gewissenhaft viele Schülerinnen und Schüler ihre durch Verträge eingegangenen Verpflichtungen wahrnehmen“, meinte er und wies auf positive Erfahrungen aus seinem Schulamtsbezirk, der im Nordwesten Hannovers liegt, hin.

## ■ Wie christlich ist die CDU?

**Annaberg:** Der sächsische CDU Partei- und Fraktionsvorsitzende **Dr. Fritz Hähle** diskutierte mit den Mitgliedern des EAK Annaberg über seine Grundaussage, dass es keine christliche Politik, wohl aber Christen in politischer Verantwortung gäbe, denn „religiöse Begründungen reichen nicht aus, um politische Entscheidungen mehrheitsfähig zu machen“. In einer Gesellschaft, die offenbar in die Gottlosigkeit abgleitet, steht der Christ, auch der christliche Politiker, zumeist in einer Konfliktsituation. Am Bibelwort „Gerechtigkeit erhöht ein Volk, die Sünde aber ist der Leute Verderben“ entzündete sich eine lebhaft debattierte Debatte zu Kindertagesstätten und Erziehungsgeld. Der neue Vorsitzende des EAK Annaberg, **Hartmut Drecker**, sagte: „Wir Christen müssen immer wieder laut sagen, was wir für richtig halten und warum. Aber wir müssen es so sagen, dass es jeder versteht“.

*Dr. Peter Schumann  
Vorsitzender des EAK der  
CDU/CSU Kreisverband  
Dresden*

# Liebe Leserin, lieber Leser,

in der Juli/August-Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ hat der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Jochen Borchert (MdB), Sie um finanzielle Unterstützung für die „Evangelische Verantwortung“ gebeten. Wir freuen uns, dass 136 Menschen, denen die Zeitschrift und das vernehmbare Wirken des EAK in Kirche und Politik am Herzen liegen, uns finanziell unterstützt haben. Wir fühlen uns durch Sie in unserer Arbeit getragen.

**136 Menschen haben 7.569 DM gespendet. Wir bedanken uns herzlich!**

So dankbar wir jede Zuwendung dieser Spenderinnen und Spender entgegengenommen haben, so sehr hoffen wir in Zukunft auch auf die, die auf unseren ersten Aufruf nicht reagiert haben. Dies sind ca. 12.000.

Der Evangelische Arbeitskreis muss Einsparungen vornehmen. Dies ist beschlossene Sache! Seitens der Union wird uns dies auferlegt. Für das nächste Jahr bedeutet dies eine Einsparung in der Höhe einer spürbar deutlichen fünfstelligen Summe.

**Würden 500 Leserinnen und Leser sich finden, die ähnlich spendenbereit wären wie jene 136 Mitbürgerinnen und Mitbürger, bräuchten wir uns über die Zukunft der „Evangelischen Verantwortung“ keine Sorgen mehr zu machen.**

Gerade in der Zeit der Neuorientierung der CDU braucht die Union, ja braucht die christliche Gesellschaft, einen Evangelischen Arbeitskreis, der mit Kompetenz und evangelischer Klarheit die Dinge des Glaubens beim Namen nennt. Wir hoffen auf Ihre Bereitschaft, dass Sie unsere Sorgen mit uns teilen.

Es grüßt Sie herzlich mit dem Wunsch, dass Sie eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit erleben mögen, die den Frieden, der mit Christus in die Welt gekommen ist, widerspiegelt,

Ihr



Dr. Bernhard Felmborg  
(Bundesgeschäftsführer)

P.S.: Wir möchten Sie herzlich darum bitten, im Überweisungsträger unter dem Verwendungszweck ihre Adresse einzutragen, damit wir Ihnen auch ihre Zuwendungsbescheinigung zusenden können.

## Überweisungsauftrag/Zahlschein

Benutzen Sie bitte diesen Vordruck für die Überweisung des Betrages von Ihrem Konto oder zur Bareinzahlung. Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

## Beleg für Kontoinhaber/Einzahler-Quittung

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts)

(Bankleitzahl)

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

E v a n g e l i s c h e r   A r b e i t s k r e i s

Konto-Nr. des Empfängers

5 6 2 6 7

Bankleitzahl

3 8 0 5 0 0 0 0

bei (Kreditinstitut)

S p a r k a s s e   B o n n

\* Bis zur Einführung des Euro (= EUR) nur DM danach DM oder EUR

DM od. EUR\*

Betrag

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Empfänger

Konto-Nr.

Bankleitzahl

bei (Kreditinstitut)

DM od. EUR\*

Betrag

\*Bis zur Einführung des Euro (= EUR) nur DM, danach DM oder EUR

Datum und Unterschrift des Kreditinstituts

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmborg, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel. (030) 220 70-432, Fax (030) 220 70-436 · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion !

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach  
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

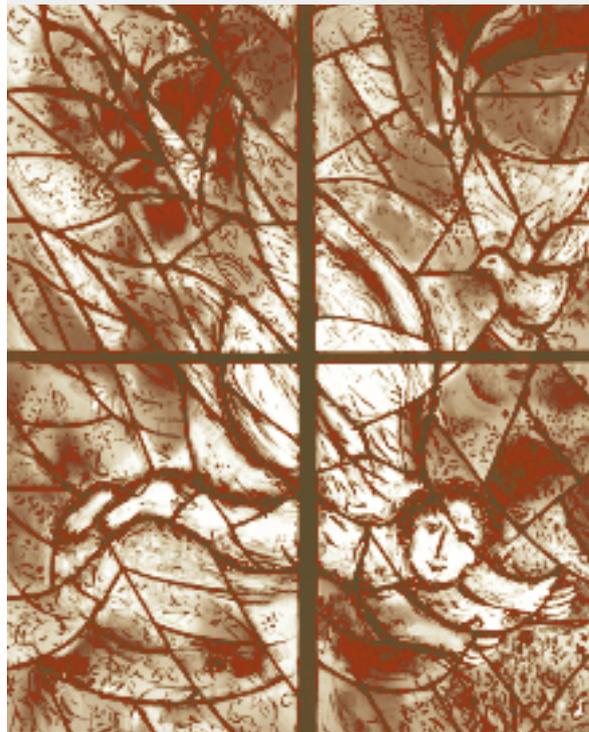
# Jahreslosung 2001

„In Christus liegen verborgen alle Schätze der Weisheit und der Erkenntnis.“ (Kolosser 2,3)

Schätze, die verborgen sind oder an einem bestimmten Ort verborgen sein sollen, ziehen die Menschen wie magisch an. Was gibt es alles für Erzählungen um verborgene Schätze. Schon als Kinder haben wir die Bücher mit Vorliebe gelesen, in denen es um Schätze ging. Die Menschen suchen gern verborgene Schätze, weil Sie sich angezogen fühlen von dem Akt des Suchens an sich, aber vor allem von der Perspektive, das Verborgene ans Licht bringen zu können, ja, um es schließlich in Besitz zu nehmen.

So sehr diese Suchbewegung bei irdenen Schätzen funktioniert, desto weniger kann dies im Blick auf die Himmlischen gesagt werden. Sicherlich, Sinnsuche gibt es allenthalben, doch ist es verwunderlich, dass Menschen gerade dort suchen, wo Schätze weder verborgen noch offenbar sind, denn: „In Christus liegen alle Schätze der Weisheit und der Erkenntnis.“

## Konstanzer Kalender 2001



Rückwandbild von Marc Chagall  
Abreißausgabe mit 365 Blättern für jeden Tag  
ISBN 3-920524-60-8, 12,90 DM

Also, eben nicht woanders, auch nicht teilweise, sondern gänzlich in Christus. Auf diese Schätze dürfen und müssen wir die Menschen aufmerksam machen, die umsonst suchen. Wir dürfen Sie einladen und können Ihnen erzählen, wo die Schätze der Weisheit und der Erkenntnis liegen. Es ist wichtig,

dass wir dies gerade auch in die gesellschaftlichen Bildungsdebatten einbringen. Christlicher Religionsunterricht ist kein Lehrfach für diejenigen, die meinen, dass man neben den grundlegenden Fächern noch etwas „Kultur“ bräuchte, vielmehr weist es auf den hin, von dem Blaise Pascal sagte: „Jesus Christus ist das Ziel von allem und der Mittelpunkt, dem alles zustrebt. Wer ihn kennt, kennt den Grund der Dinge. Ohne ihn wissen wir nicht, was unser Leben und was unser Tod, noch was Gott ist, noch was wir selbst sind.“

In dieser Weisheit und dieser Erkenntnis lässt sich der Schatz finden, der das eigene Leben reich macht. Auf ihn lässt sich Leben und Gesellschaft bauen.

Darauf dürfen wir auch im neuen Jahr vertrauen.

Felmborg

## Unsere Autoren:

Innensenator  
Dr. Eckart Werthebach  
Altes Stadthaus  
Klosterstraße 47  
10179 Berlin

Generalsuperintendent  
Dr. Rolf Wischnath  
Seminarstraße 38  
03044 Cottbus

Ministerin  
Dr. Annette Schavan, MdL  
Schloßplatz 4  
70173 Stuttgart

Prof. Dr. Rita Süßmuth, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Alexander Thies  
Neue Filmproduktion tv GmbH  
Kurfürstendamm 57  
10707 Berlin